

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3 Reichsmark voraus zahlbar.

Der "Vorwärts" mit der Illustrierten Sonntagsbeilage "Volk und Welt" sowie den Beilagen "Unterhaltung und Wissen", "Aus der Filmwelt", "Frauenstimme", "Der Kinderfreund", "Jugend-Vorwärts", "Bild in die Arbeiterwelt" und "Kulturarbeit" erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:

"Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 6. Juli 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Bayern gegen das Reich.

Drohungen des neuen Finanzministers.

München, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die bayerischen Gemeinden und die übrigen Selbstverwaltungskörper stehen vor dem finanziellen Zusammenbruch.

Das wesentliche der Landtagsverhandlungen war aber, daß der neue Finanzminister Dr. Schmelzle die Gelegenheit zu einer Programmrede benutzte, die zu einer scharfen

Kampfanfrage gegen die derzeitige Reichsregierung

wurde. Zunächst lehnte er den Finanzausgleich als vollständig unbefriedigend ab, obwohl er Bayern rund 38 Millionen Mk. Mehreinnahme zumeist.

Der Untergang des bayerischen Staates habe aber zwangsläufig auch den Untergang Preußens, Sachsens und der übrigen Länder, die heute gegen Bayern stünden, im Gefolge.

das ganze Reich in eine Zwangsjade gepreht

würde, die den letzten Rest staatlicher Selbständigkeit zerstöre. In diesem Zusammenhang behandelte der Finanzminister das Problem: Unitarismus - Förderalismus und erklärte, daß Bayern, koste es, was es wolle, an dem Grundgesetz der Weimarer Verfassung festhalte.

Zweispaltigkeit dieser bayerischen Regierungskomödie

hin, die darin besteht, daß die scharfe Beurteilung der Reichspolitik gegen Bayern ausschließlich den Bürgerblock im Deutschen Reichstage trifft, an dem die bayerischen Regierungsparteien in entscheidender Weise beteiligt sind.

Pariser Kolonialhege gegen Deutschland.

Gegen den deutschen Sitz in der Mandatskommission.

Paris, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Beschluß der Mandatskommission, der sich für die Zulassung Deutschlands ausspricht, findet in der französischen Rechtspreffe scharfe Kritik.

Dieser Artikel folgt einem ähnlichen Protest der französischen Kolonialgesellschaft. Er richtet sich anscheinend nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen Brind, dem die Nationalisten bei jeder Gelegenheit vorwerfen, er komme Deutschland zu sehr entgegen.

Auch Dominien-Regierungen erheben Einspruch.

London, 5. Juli. (Ill.) Die diplomatische Korrespondenz des "Daily Telegraph" berichtet, wird der Vorschlag einer deutschen Betsetzung in der Mandatskommission des Völkerbundes von einigen englischen Dominien ablehnend beurteilt.

Gegen den Zollwucher! Profesiversammlungen

Heute, Mittwoch, 6. Juli, 19 1/2 Uhr Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestr. 23-24 Germaniasäle, Chausseestraße 110 Comeniusäle, Memeler Straße 67 Erbes Festsäle (Kliem), Hasenheide 13-15

Redner: Mathilde Warm, Toni Sender, Robert Schmidt, Georg Schmidt

Methoden ihrer Organe in gewissen ehemaligen deutschen Südbesitzungen, namentlich auf der Phosphatinsel Rauru, durch den Eintritt eines deutschen Mitgliedes näher beleuchtet werden könnten. Red. d. "B."

Ein österreichischer Arensdorf-Prozess.

Der Arbeitermord in Schattendorf.

Wien, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Heute begann vor dem Beschworenengericht unter dem Vorsitz des Hofrats Denzwohl, der auch den Prozeß Marek geleitet hat, der Prozeß gegen die nationalistischen "Frontkämpfer", die am 30. Januar dieses Jahres in Schattendorf im Burgenland Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes überfallen und zwei Menschen, den Kriegsinvaliden Smaritsch und ein Kind, erschossen und weitere fünf Menschen verletzt haben.

Scharfmachereien gegen Sinowjew-Trofski.

Ausschluß aus der kommunistischen Partei gefordert?

Moskau, 4. Juli. (Oe.) Die von der Parteileitung geführte Kampagne gegen Sinowjew und Trofski, deren Ausschließung aus dem Zentralkomitee der Partei die Zentralkommission bekanntlich bereits beantragt hat, nimmt immer scharfere Formen an.

Kritik am Reichsetat.

Der neue Bericht des Generalagenten für Reparationen.

Von Hugo Heimann.

Vor kurzem hat der Generalagent für die Reparationszahlungen der Reparationskommission den jälligen Halbjahresbericht erstattet, der die Zeit bis 31. Mai 1927 umfaßt. Die deutsche Ausgabe soll demnächst erscheinen.

Der Generalagent leitet seine Ausführungen über den Etat mit der rhetorischen Frage ein, ob und aus welchen Gründen es richtig sei, daß der Bericht sich überhaupt mit dem Reichsetat beschäftige.

Nach dieser Einleitung bringt der Bericht Tabellen und Diagramme über Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushalts von 1924/25 bis 1927/28 und erläutert diese in eingehender Weise unter Benützung der neuesten Ziffern und Mitteilungen des Reichsfinanzministeriums.

Dieser rein theoretisch sicherlich richtigen Ansicht des Generalagenten wird man wichtige Gegenargumente zugunsten der Bestimmungen der Reichshaushaltsordnung, wenigstens soweit das Grundsätzliche in Frage kommt, entgegenstellen können.

Am schärfsten ins Gericht geht der Generalagent mit einer Praxis der deutschen Regierung und der bürgerlichen Parteien, gegen die die Sozialdemokratie seit langen Jahren schon ankämpft.

Das System, Ausgabeermächtigungen von einem Jahr auf das andere zu übertragen, vermindert die Möglichkeit einer

genauen Kontrolle der Regierungsmaßnahmen. Dies trifft besonders zu für eine Zeit, in der alle Verhältnisse und Notwendigkeiten sich so rapide ändern wie in Deutschland. Die Ausgabenminderungen aus dem Etat für 1926, welche nach 1927 übertragen werden, beziffern sich auf 704,6 Millionen. Das bedeutet, daß die Regierung einen solchen großen Betrag ausgeben kann, ohne noch einmal vom Parlament die Erlaubnis dazu einholen zu müssen. Der Mangel genügender Kontrolle unter einem solchen System liegt auf der Hand.

Das ist fast mit den gleichen Worten, was bei allen Etatsberatungen seit Jahren schon von der Sozialdemokratie ausgeführt worden ist. Wenn die bürgerlichen Parteien, von kleinen Korrekturen abgesehen, diese Zustände bestehen lassen, so geschieht das nicht aus Mangel an Einsicht, sondern weil sie wissen, daß die hohe Bürokratie, die überwiegend aus Angehörigen ihrer Klasse besteht, über diese Hunderte von Millionen in ihrem Sinne verfügen wird.

Auch gegen die Anleihepolitik der Reichsregierung hat der Generalagent formell wie materiell Einwendungen zu erheben. Diese Einwendungen decken sich, wenigstens was das Formelle betrifft, mit dem Kampf, den die Sozialdemokratie gegen die von der Reichsregierung beliebte Thesaurierung von Anleiheermächtigungen geführt hat. Dieser Kampf ist vor einigen Monaten durch die Annahme eines sozialdemokratischen Antrags in unserem Sinne entschieden worden. Fortan sind alle Kreditermächtigungen auf das Etatsjahr zu begrenzen, so daß nach dessen Ablauf die nicht in Anspruch genommenen Kredite erlöschen.

Einen breiten Raum in der Darstellung des Generalagenten nimmt die stetige und starke Steigerung der Ausgaben ein. Auf die interessantesten und ausführlichsten Darlegungen, die in diesem Zusammenhang über den Finanzausgleich und das Verhältnis des Reichs zu den Ländern und Kommunen gemacht werden, kann im Rahmen dieser kurzen Abhandlung nicht eingegangen werden. In übersichtlichen Tabellen legt der Generalagent im einzelnen dar, daß die Gesamtausgaben Deutschlands von 7,2 Milliarden in 1924 auf 9,1 Milliarden in 1927, die allgemeinen Verwaltungsausgaben von 1,1 Milliarden in 1924 auf 1,8 Milliarden in 1927 gestiegen sind. Die deutsche Regierung werde bei dieser Sachlage bald vor die Alternative gestellt werden, entweder die Steuern zu erhöhen oder die Ausgaben zu verringern. Durch äußere Maßnahmen, wie Teilung des Etats in drei verschiedene Teile (ordentlicher, außerordentlicher, Kriegslastenteil) und Klassifizierung der Ausgaben in ordentliche und außerordentliche, laufende und einmalige, werde auf die Dauer nichts gebessert, sondern nur Verwirrung in den Etat gebracht. Dem deutschen Etat fehle die erforderliche Klarheit und Durchsichtigkeit. Selbst für gut informierte Leser sei es häufig ohne sorgfältiges Studium und eingehende Analysen unmöglich, sich in den mitgeteilten Zahlen und Rechnungen zurechtzufinden. Das sei um so mehr zu bedauern, als Klarheit im Etat zugleich eines der besten Mittel sei, unnötige Ausgaben zu vermeiden. Solche Klarheit liege daher nicht nur im Interesse der Reichsregierung selbst, sondern der ganzen deutschen Wirtschaft. Die Zukunft könne bedrohlich werden, nicht wegen Sinkens der Einnahmen, sondern wegen der stetig scharf ansteigenden Ausgaben. Die genaue Zergliederung der Einnahmeseite des Etats wige, daß die Einnahmen sich auf guter Höhe halten, ja voraussichtlich in 1927 gegen 1926 erheblich größere Beiträge bringen werden. Dabei müsse man bedenken, daß in den letzten Jahren bedeutende Steuerermäßigungen stattgefunden haben, die allein bei der Umsatzsteuer sich auf eine Milliarde belaufen. Die Erwartungen und Voraussagen der Sachverständigen über die Steuerkraft Deutschlands hätten sich in jeder Hinsicht erfüllt.

In ähnlicher Weise wie das hier bezüglich der Etatsverhältnisse kurz geschildert ist, beleuchtet der Generalagent in seinem Bericht das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands, soweit es im Zusammenhang mit dem Dames-

Plan steht. Mag man seine Ansichten im einzelnen billigen oder bekämpfen, niemand wird bestreiten können, daß der Bericht allen am öffentlichen Leben Interessierten mannigfache Anregungen gibt. Die Klarheit der Sprache, die Uebersichtlichkeit der Tabellen kann allen amtlichen deutschen Stellen zur Nachahmung empfohlen werden.

Differenzen wegen des Schulgesetzes. Erste Lesung erst im Herbst.

Die Reichsminister haben sich am Dienstag nachmittag aus neue mit dem Entwurf eines Schulgesetzes befaßt. Nicht in einer eigentlichen Kabinettsitzung, sondern in einer privaten Besprechung, an der keine Referenten und überhaupt niemand, der nicht dem Kabinett angehört, teilnehmen konnte. Man wollte zunächst, bevor der Entwurf offiziell zur Debatte gestellt wird, die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung aus der Welt schaffen.

Wie weit das gelungen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Sicher scheint nur, daß die beiden völksparteilichen Minister die Gleichstellung der Konfessionsschule mit der Simultanschule bekämpfen und eine Vorlage, die den Vorrang der Simultanschule befestigt, einstweilen als verfassungsändernd erklären.

Es werden neuerdings Zweifel laut, ob die Differenzen so schnell zu beseitigen seien, daß der Entwurf, wie es ursprünglich beabsichtigt war, noch in dieser Woche an den Reichsrat gelangen könne. An die Vornahme der ersten Lesung im Reichstag vor dem Beginn der Sommerferien ist natürlich gar kein Gedanke, und deshalb wird vom Zentrum die Einberufung des Parlaments zu einer kurzen Tagung Ende September betrieben.

Mecklenburg-Schwerins Regierung bleibt. Verhandlungen um die große Koalition.

Schwerin, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der Dienstag-Nachmittagsitzung des Mecklenburgischen Landtags wurde der Antrag der Rechtsparteien auf Abberufung der Regierung mit 23 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten die gesamten Rechtsparteien, dagegen die Demokraten und Sozialdemokraten. Die Kommunisten enthielten sich der Stimme. Ein Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen den demokratischen Minister Dr. Köhler wurde gegen die Kommunisten abgelehnt. Damit ist die Regierungskrise in Mecklenburg-Schwerin bis zum Ablauf des Etat-Ratgesetzes bis 1. September beendet.

Seit 1. Juli sind die Verhandlungen über die Erweiterung der Regierung aufgenommen worden. Es handelt sich um die Bildung der großen Koalition zwischen Deutscher Volkspartei, Demokraten und Sozialdemokraten, die 28 Abgeordnete von 51 Abgeordneten im Landtag auf sich vereinigen würden. Die Verhandlungen haben bis heute zu einem abschließenden Ergebnis noch nicht geführt.

Pommersches, Allzupommersches. Reichswehr und Kaiserhuldigung.

In letzter Zeit haben in den verschiedensten Orten der Provinz Pommern Kriegerversammlungen stattgefunden. Neben zahlreichen ehemaligen Offizieren der kaiserlichen Armee waren bei diesen Feiern auch Vertreter der Reichswehr und der Marine anwesend. Wir machen folgende Feststellungen:

1. Am 7. und 8. Mai war in Stargard Fahnenweihe der Kameradenvereine des Infanterieregiments 14, 42 und 49, sowie des Dragonerregiments 12. Die Fahnenweihe fand in Anwesenheit der Traditionskompagnien der Reichswehr auf dem Kasernenhof der Reichswehr statt. Nach dem „Neuen Pommerschen Tageblatt“ (Nr. 108 vom 10. Mai) führte der Vorsitzende des Kreis-Kriegerverbandes, Oberst a. D. Galt, u. a. aus:

„Ich senke die Fahne zum Andenken an die vom Feind erschlagenen Helden — zum Gruß und zum Danke der obersten Majestät des Kaisers im fernem Lande. Ich senke die Fahne in Dankbarkeit und Treue vor dem Reichsoberhaupt Hindenburg, dem Generalfeldmarschall.“

2. Am Sonntag, dem 12. Juni, war in Misdroy Kriegerversammlung und Schützenvereinstag. Der deutsch-nationale Amtsgerichtsrat Reichmann hielt auf dem Turmplatz eine Begrüßungsansprache, in der er kein Wort von der Reichswehr sprach, dafür aber um so mehr die alte kaiserliche Armee verhimmelte. Neben mehreren Offizieren der Swinemünder Marine waren auch Vertreter der Küstenschützenvereine zugegen. Die Kapelle der Küstenschützen spielte beim Umarmen, wie auch frühmorgens um 6 Uhr beim Wehen.

3. Am 12. Juni war in Pasewalk „Heerschau der Königin-Kürassiere“. Nach dem Bericht der „Pasewalker Zeitung“ (Nr. 136 vom 14. Juni) nahm neben einer Reihe von Generalen der alten Armee auch Prinz Oskar von Preußen an dieser „Heerschau“ teil. General Graj von Schlieffen hielt eine Begrüßungsansprache, in der er u. a. sagte:

Sodann begrüßte ich die jungen und jüngeren Kameraden, die dem beispiellos großen Aufstieg unseres Vaterlandes unter Kaiser Wilhelm dem Zweiten miterleben durften, die miterleben durften die große Sorgfalt und Liebe, die dieser Kaiser seiner Armee zugewandt hatte, und die dazu beigetragen haben, daß wir die Armeen aller Länder in beispiellosen Erfolgen geschlagen, die Grenzen des Vaterlandes geschätzt und den Krieg in endlosen siegreichen Schlachten weit hineingetragen haben in Feindesland. Wir, die wir die Siege draußen errungen haben, mußten es erleben, daß der Schandfrieden von Versailles über uns gekommen ist. Wir sind nicht schuld an diesem Frieden, aber wir haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß dieseurchtzbare Last, die uns immer mehr und mehr erdrückt, wieder von uns genommen wird.

U. a. hielt noch General von Falkenhayn eine Ansprache, in der er „Ihrer Majestät der hochseligen Kaiserin“ gedachte. Vor der Kaserne des Reichswehrritterregiments 6 nahm von Falkenhayn, umgeben von zahlreichen Offizieren, die Parade ab. Nach einem Bericht der „Pommerschen Tagespost“ vom 14. Juni nahm Prinz Oskar von Preußen im Glüde mit seinen Berliner Vereinskameraden an der Parade teil.

4. Am 26. Juni 1927 erfolgte die Fahnenweihe des Vereins ehemaliger Angehöriger des Landwehrintanterieregiments Königin Wilhelme II. Nr. 2 in Swinemünde. An dem Kommerz am Sonntagabend im Hotel „Drei Kronen“ nahm in Anwesenheit zahlreicher Offiziere der alten Armee auch der Swinemünder Kommandant Claassen teil. Die Festrede hielt der Regimentskommandeur, General von Reuter, der gleichzeitig vom ehemaligen Kaiser mit der Vertretung beauftragt worden war („Swinemünder Zeitung“ Nr. 148 vom 28. Juni). Auf dem Kommerz wurde u. a. auch das Lied gespielt „Ich bin ein Preuße“. Bei der Fahnenweihe am Sonntag nahm General von Reuter nochmals das Wort zu einer längeren Ansprache. Als „Vertreter des Kaisers“ verlas er folgendes Begrüßungstelegramm „des ehemaligen obersten Kriegsherrn“:

Den zur Fahnenweihe versammelten Kameraden des Landwehrintanterieregiments Königin Wilhelme II. Nr. 2 entbiete ich meinen königlichen Gruß. Möge der herrliche Pommerngeist des Regiments, der vor zehn Jahren bei Smorgon-Krowo die Massenangriffe der Russen in heftigem Kampfe zerschellen ließ, stets lebendig bleiben, dann werden die Helden nicht umsonst gestorben sein, die damals ihr Leben hingaben. Mit Gott für König und Vaterland! Wilhelm.

Und die Reichswehr der Republik steht stramm dabei!

Das Landesverratsverfahren gegen Dr. Dieß Untersuchung gegen den Untersuchungsrichter.

Leipzig, 5. Juli. (BS.) Im Zusammenhang mit dem Landesverratsverfahren gegen Dr. Dieß und Dr. Goldmann ist nunmehr auf Grund einer Beschwerde des letzteren ein Disziplinerverfahren gegen den in dieser Sache tätigen, vom Reichsgericht beauftragten Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor Dr. Gustav Eberfeld, eingeleitet worden, um die von Goldmann gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zu klären. Das Landesverratsverfahren selbst befindet sich noch immer im Stadium der Voruntersuchung.

Der Rattenschwanz.

Von Hermann Schäffinger.

Der Commander Byrd ist zwar nicht als Erster im „Kon Stop-Flug“ über den Ozean geflogen, sondern lediglich als Dritter.

Trotzdem ist dieser amerikanische Major, der bekanntlich als Erster den Nordpol überflogen hat, der Glorifizierung wert; denn in dem Augenblick, in dem er seine leeren Benzintanks mit lautem Knall bei Ber-lur-Wer aufs Wasser setzte, schleppte er einen ganzen Rattenschwanz von Sensationen hinter sich her — Rungesser — Lindbergh — Chamberlin — Grosvescu — bis zu Daudet, dem Pariser Hauptmann von Köpenick.

Die Sensationen der „guten alten Zeit“ pflegten sich in wohl- abgegrenzten Zeitabständen in wohlhabendsten Gesellschaften mit derselben Akkuratheit zu wiederholen: Heute Witz bei Nidz, morgen Nidz bei Witz, übermorgen Ebl bei Witz, dann Witz bei Ebl, dann der Papst vor der „heiligen Tür“, dann Graf Stürgb beim Kaiser Franz, dann Graf Wolke bei Conrad von Höfendorf oder Corusa bei der Dufe zum Fitz-o-ck — Jeder blieb fein säuberlich in seiner Gesellschaftsblase und tat das Seinige dazu, daß die Sensationslust der Masse, nach Nationen getrennt, vor Thron und Altar abzureagieren war.

Über heutzutage — ein Lohwobohu von Sensationen poltert ausgelassen und indisciplinert, launisch und voller Tücken um den Erdball herum.

Gewiß — in der Form ist es meist dasselbe Altschee. Sobald einer den Reford bricht, auf der Rennbahn, beim Boxen, zu Wasser oder in der Luft, stauen sich die Massen, brüllen Männer, Frauen und Kinder, schlagen sich die ältesten Wummelgüsse um Fensterplätze und Autogramme, bemalen sich die Jungfern mit „Lindys“ oder „Riddys“ Porträts das Bein oder die Hölle, hauen die Polizisten, tönen die Bürgermeister und dekorieren die Präsidenten der Republiken.

Re u ist lediglich der Rattenschwanz der Sensationen dieser Tage, die Laien, daß nicht jeder „Heiß“ für sich selbst existiert, sondern daß einer dem anderen förmlich die Hand reicht in einer Kette, die wie ein laufendes Band durch unsere Tage rollt.

Mit Rungesser rings an. Ihn traf das Meer. Das war der tragische Unfall. Die für große, seelische Erregungen nötige schmerzliche Emotion. Dann kam Lindz, der freche Bengel, der Sohn eines ordinären Demokraten und Pazifisten, der den tollkühnen Flug übers große Wasser mutterseelenlos antrat. Dann Chamberlin mit Levine, die fixen Burchen mit der riesigen Schneid — trotz der jüdischen Blutsprossen in ihren sportlich zierlichen Körpern. Ihre Frauen kummelten vergnügt hinterher, von Bremerhaven nach Berlin, nach Wien.

Und hier scheiden sich zum erstenmal die Sensationen. Die beiden Fliegerfrauen erscheinen im Gerichtssaal bei Frau Gros-

vescu und die Reporter fühlen voll Emotion den Zusammenprall der Sensation: Hier, die Frau, die ihren Mann umbrachte, weil sie grad dazu in der Laune war — dort die Frauen, deren Männer den Ozean per Luft überquerten, weil der Himmel grad so schöner Laune war.

In Paris aber knallen die Sensationen wie ein Julgewitter zusammen: Chamberlin bei Frau Rungesser, Chamberlin bei Byrd, Chamberlin, Levine und Byrd am Bahnhof St. Lazare, empfangen von einer zehntausendköpfigen Menge. „Das Auto,“ schreibt ein heillosiger Pariser Reporter, „führ an der Felsung Daudets, an dem von Polizisten bewachten Haus der „Action française“ vorüber. Die neue Sensation grüßt die Sensation der vergangenen Woche.“

Es ist also schon so: Der Commander Byrd zieht einen Rattenschwanz von Sensationen von Rungesser über Frau Grosvescu bis zu Daudet, dem Rüberhauptmann der Pariser Faschistenleitung, hinter sich her — ohne daß er die geringste Ahnung davon hat. Fehlt lediglich ein Fünf-Uhr-Lee bei Frau Kolomat.

Was wird übrigens Willem, unsere verlassene Ueber-Sensation aus vergangenen Tagen, zu diesem Lohwobohu der Tagesensationen sagen? Sozialdemokratische Zeitungen lesen nicht, wie ein Vertreter der „Neuen Freien Presse“ kürzlich berichtete, aber die Lokal- und Generallanzeierer verschiedener Couleur können ihm die Adjutanten doch nicht samt und sonders vorenthalten. Sicherlich hält er uns alleamt für verblödet und degeneriert, dreht sich in seinem Kavallerieattel, der ihm bekanntlich als Schreibstuhl dient, zu seinem „Kindermann“ um und stucht: „Und der ganze Kummel wegen 'nem kleinen Rajsooor.“

Die Erziehungsbeihilfen in Preußen.

Unter Aufhebung der bisherigen Bestimmungen hat der preussische Kultusminister einen neuen Erlaß (II. II. 1600) herausgegeben, der alles Wissenswerte über Erziehungsbeihilfen zusammenfaßt.

Die Erziehungsbeihilfen sind für „außergewöhnliche Begabungen“ bestimmt, deren Förderung im allgemeinen Staatsinteresse liegt.“ Die Zulassung soll nicht nur nach verstandesmäßiger Begabung oder äußerem Wohlverhalten erfolgen, sondern es soll die Persönlichkeit gewertet werden. Die Erziehungsbeihilfen haben den Zweck, Zugang zur höheren Schule und Verbleiben auf ihr zu ermöglichen. Nur Kinderemittelte erhalten die Beihilfe, nicht Kinder auch solcher Eltern, bei denen Schulgeldlos oder -ermäßigung genügen würden, um die Kinder zu unterhalten. Erziehungsbeihilfen sollen nur eine „Beihilfe“ sein zu den Unterhaltungskosten; ihre Höhe ist daher beschränkt. Andererseits muß die Beihilfe aber so hoch sein, daß sie zur wirklichen Begabienförderung wird. In Zukunft wird der Jahresbeitrag nicht unter 500 Mark liegen, aber auch 1000 Mark nicht übersteigen. Es wird im Einzelfall entschieden werden, ob der Beitrag einmalig oder in Raten zur Ausschüttung gelangt. Grundsätzlich wird die Beihilfe nur für ein Jahr gewährt, aber die bereits bedachten Schüler

erhalten den Vorzug, um eine Verzeitelung in der Begabienförderung zu vermeiden. An Stelle der Erziehungsbeihilfe kann eine Freistelle in öffentlichen oder privaten Erziehungsheimen treten. Die Eingaben sind nur an die Schule zu richten und von dieser weiterzuleiten. Gesuche an das Ministerium sind zwecklos und Zeitvergeudung. Die Schulkonferenz faßt Beschluß über die Eignung des Schülers. Die Mittel reichen nicht aus, auch nur je einen Schüler jeder Schule zu berücksichtigen; daher muß eine Auswahl der Besten erfolgen. Der Schulleiter muß dem Vorliegende eine eingehende Charakteristik des Schülers und eine Darstellung der wirtschaftlichen Lage der Erzieher beifügen. Knaben und Mädchen, öffentliche und private Schulen sind bei der Vergütung der Beihilfen völlig gleichgestellt. Grundsätzlich sollen auch die hervorragenden Begabungen, die sich ohne Schulen selbständig auf die Reifeprüfung vorbereiten, von der Inanspruchnahme der Beihilfen nicht ausgeschlossen sein. Denjenigen, die die Reifeprüfung bestanden haben, gibt die „Studienstiftung des deutschen Volkes“ in Dresden die Möglichkeit weiterer Hilfe während des Universitätsstudiums.

Dr. Martin Mohr, der Direktor des deutschen Institutes für Zeitungswissenschaften, ist gestern im 61. Lebensjahre einem Herzschlag erlegen. Die deutsche Zeitungswissenschaft verliert in Dr. Mohr, der ihr jahrzehntelang in Theorie und Praxis erfolgreich diente, einen ihrer bekanntesten Männer.

Ulbrecht Kossel, Professor an der Heidelberger Universität und Träger des Nobelpreises für Medizin vom Jahre 1910, ist im Alter von 73 Jahren gestorben. Kossel lehrte in Heidelberg seit 1901. Er war Direktor des psychologischen Institutes der Universität, bis er nach dem Kriege von dessen Leitung zurücktrat und nur noch die Leitung des aus privater Initiative entstandenen Instituts für Eiweißforschung behielt, da die Erforschung der Eiweißstoffe in den letzten Jahrzehnten seine Spezialität gewesen war.

Errichtung eines Museums für Völkertunde in Wien. Das österreichische Unterrichtsministerium hat jetzt beschlossen, die bisher im Naturhistorischen Museum untergebrachten ethnographischen Sammlungsbestände zu einem eigenen Museum für Völkertunde zu vereinigen. Nach dem Umsturz sind annähernd 60 000 Objekte durch Antäufe, Spenden und Leihgaben hinzugekommen. Ganzstücke des neuen Museums werden die Sammlungen des Bestmüßlers Cook sowie altamerikanische Kostbarkeiten aus der berühmten Ambraser Sammlung sein. Das neue Museum, das im Herbst der Öffentlichkeit übergeben werden soll, wird im Ringstraßenflügel der neuen Hofburg untergebracht werden.

Der Goethe-Forscher Karl Heinemann ist im Alter von 70 Jahren in Leipzig gestorben. Er hat zahlreiche populäre Werke über Goethe geschrieben. Am bekanntesten ist sein Buch über Goethes Mutter geordnet.

Eine Expedition zur Erforschung des Mannes. Die Hebräische Universität in Jerusalem hat eine Expedition ausgerollt, die Untersuchungen über den Ursprung des Mannes auf der Halbinsel Sinai vornehmen soll. An die Spitze verschiedener Wissenschaftler soll es bei dem Mann am Wüsten des Lamarielenhauses handeln, der in Zentralasien besonders häufig ist. Die Expedition wird auch dem Rührer der Lamarielenplaten; besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

„Aufklärung“ statt Mieterschutz.

Sergis Pläne.

Der Reichstagsausschuss für Wohnungswesen hat in seiner Sitzung vom Dienstag beschlossen, die Beratung des Mieterschutzgesetzes bis Mitte Oktober 1927 zu vertagen. Das bedeutet aber nicht, daß auf die Absichten der Verschlechterung des Mieterschutzgesetzes verzichtet wird. Im Gegenteil. Das Reichsjustizministerium will, so wurde mitgeteilt, im Einverständnis mit dem Arbeitsministerium „Aufklärung“ über das neue Mieterschutzgesetz und seine Wirkungen durch die Presse betreiben. D. h. also, man will die Öffentlichkeit im Sinne des Abbaues des Mieterschutzes bearbeiten. Um zu verhindern, daß diese Absicht gelingt, müssen die Mieterorganisationen rechtzeitig Gegenmaßnahmen treffen und auch ihrerseits zu den neuen Entwürfen in der Presse Stellung nehmen.

Um die Ehre und 15 Mark.

Recht Rechtsanwalt H. Frank II das Strafgesetz?

Ein Jurist schreibt uns:
Das Schreiben, das der Rechtsanwalt H. Frank II in München an den „Vorwärts“ gerichtet hat, überflüssig nicht bloß, um mit ihm zu reden, den Rahmen selbst eines eng gedachten moralischen Anstandsbeschwörers, es ist auch strafrechtlich interessant. Nach § 86 der Gebührenordnung für Rechtsanwälte ist die Einforderung von Anwaltsgebühren nur zulässig, wenn in der Berechnung der Gebühren die zur Anwendung kommenden Bestimmungen der Gebührenordnung mitgeteilt werden. Der Erfüllung der hieraus sich für ihn ergebenden Pflicht hat sich Herr Frank entzogen, und zwar mit gutem Grunde. Es gibt nämlich in der Gebührenordnung keine Bestimmung, die in seinem Falle einen Anwalt überhaupt und insbesondere einen solchen von 14 M. rechtfertigt. Herr Frank nennt sein Schreiben ein Mahnschreiben. Läge ein solches vor, so würde ein Streitwert von 500 M. anzunehmen sein und die Gebühr des Rechtsanwalts 7,50 M. betragen. Tatsächlich ist aber die Bezeichnung, die Herr Frank seinem Brief gibt, falsch. Ein Mahnschreiben kann nur die Aufforderung zur Erfüllung einer zivilrechtlichen Verpflichtung zum Inhalt haben. Die Aufforderung, eine Bezahlung zurückzunehmen, ist keine Mahnung und überhaupt kein gebührenpflichtiger Akt des Rechtsanwalts. Das muß Herr Frank, so gering sein juristisches Wissen auch sein mag, bekannt sein. Er hat mithin Gebühren zu erheben versucht, von denen er wußte, daß der „Vorwärts“ sie überhaupt nicht verschuldet hat, d. h. er hat gegen das Strafgesetzbuch verstoßen.

Beamtenbeihilfen in Sachsen.

Die Reaktion lehnt eine sozialere Gestaltung ab.

Dresden, 5. Juli. (Eig. Drahtber.) In der heutigen Sitzung des Sächsischen Landtags wurde ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, der eine einmalige Beihilfe für die Beamten, Behördenangestellten vorseht, und zwar sollen erhalten die Beamten und Angestellten der Besoldungsgruppe I bis IV 40 Proz., V und VI 30 Proz., VII bis IX 25 Proz., X und höher 20 Proz. ihres Grundgehalts zuzüglich Ehefrauen- und Kinderbeihilfe, höchstens jedoch 200 M. unter Abzug von 25 M. für ledige Beamte und Angestellte. Jedoch soll jeder Beamte mindestens 25 M. erhalten. Entsprechende Beihilfen soll auch an Wartegeld und Ruhegehaltsempfänger sowie an Hinterbliebene gezahlt werden. In den Etat für 1927 sollen für diesen Zweck 3 1/2 Millionen Mark mehr eingestellt werden. Der Gewährung der Zulage für die Besoldungsgruppe I bis IX stimmten alle Parteien des Landtags zu. Gegen die Gewährung der Beihilfe von Besoldungsgruppe X ab stimmten Sozialdemokraten und Kommunisten. Abgelehnt wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der forderte, daß die Beihilfe mindestens 100 Mark betragen sollte. Abgelehnt von den Regierungsparteien einschließlich der USPD, wurde ein kommunistischer Antrag, der verlangte, daß den Beamten der Gruppe I bis VII vom 1. Juli laufend ein Zuschlag zu ihrer bisherigen Bezüge gewährt werde. Abgelehnt wurde ferner von den Regierungsparteien einschließlich der USPD, ein Antrag, der forderte, daß dann, wenn bis zum 1. Oktober die Neuregelung der Beamtengehälter durch das Reich nicht erfolge, den sächsischen Beamten dieselben Abschlagszahlungen zu gewähren seien wie im Reich.

Bei Beginn der Debatte hatte der Finanzminister Weber erklärt, die Regierung habe keine Bedenken gegen die Gewährung der von den Regierungsparteien vorgesehene Beihilfen, nachdem das Reich den Unterstützungsbetrag für die Beamten um weitere drei Millionen Mark erhöht hat.

Flaggenschändung in Bonn.

Provokatorisches Auftreten des Stahlhelms.

Bonn, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die erste Befehlungszone, die im vergangenen Jahre geräumt wurde, hat in der letzten Zeit viel unter nationalsozialistischem Unmut zu leiden. Besonders trifft das auf die Stadt Bonn zu. Gleichzeitig mit der Eröffnung des Nürburgrings, zu der die Presse des Auslandes erschienen war, zogen selbstredend geladene Truppen des Stahlhelms durch die Straßen und grüßten: „Frankreich, Frankreich, wie wird es dir ergehen“ und „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen!“ Am Bahnhof wurde die von der Stadt aufgehängene große Reichsfahne in Fetzen gerissen.

Nicht minder bedenklich dem Auslande gegenüber war das Jubelfest der „Banner Borussia“, das vom 30. Juni bis 2. Juli die Stadt Bonn mit seinem Lärm erfüllte. Am Umgang der Borussia nahm der ehemalige Kronprinz mit seinem Sohn, die Hohenzollernprinzen Eitel Friedrich und Oskar, der ehemalige Großherzog von Mecklenburg und andere teil. Sie ließen sich zujubeln und Blumen zuwerfen. Arbeiterjagd und Behörden hielten sich von diesem Trubel zurück.

Annäherung Warschau—Moskau?

Beilegung der Wojtow-Affäre. — Garantiepakt?

Warschau, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der polnische Gesandte in Moskau Dr. Patek ist am Montag in Warschau eingetroffen, um der polnischen Regierung über das Ergebnis seiner Unterredungen mit dem russischen Legationsrat Tschitscherin Bericht zu erstatten. Journalisten gegenüber äußerte sich der polnische Gesandte ziemlich optimistisch über die Aussichten für eine Beilegung des nach der Ermordung des russischen Gesandten Wojtow entstandenen polnisch-russischen Konflikts. In nächster Zeit sei die Aufnahme von Verhandlungen zum Abschluß eines Sicherheitspaktes zwischen Polen und Rußland zu erwarten.

Jeder Freund des Friedens wird diese optimistischen Äußerungen des polnischen Gesandten in Moskau lebhaft

Das Recht auf Erwerbslosenhilfe.

Sozialdemokratie und Arbeitslosenversicherung.

In der gestrigen Aussprache über die Arbeitslosenversicherung im Reichstag, über den wir noch in der Beilage berichten, nahm für die Sozialdemokratische Fraktion das Wort Genosse Aufhäuser. Er führte aus:

Diese Vorlage sei eine der schwierigsten Aufgaben, die der Sozialpolitische Ausschuss zu lösen habe. Es fehlten alle rechnerischen Grundlagen, die zwar bei den anderen Zweigen der Sozialversicherung zur Verfügung stehen, aber es fehlt völlig an einer Konjunkturstatistik, auf der diese Versicherung sich aufbauen könne. Dazu kommen die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten unserer Zeit. Wenn trotzdem in der verhältnismäßig kurzen Zeit von fünf Monaten die Beratung zu Ende zu bringen ist, so hat daran das Hauptverdienst die Arbeiterschaft, die jahrzehntelange Vorarbeiten dazu geleistet hat. (Sehr wahr bei den Soz.) Schon 1879 haben die Gewerkschaften im Buchdruckerverband die Arbeitslosenversicherung eingeführt, sie wurde dann in allen Organisationen ausgehoben, und als die Arbeiterschaft politisch dazu in der Lage war, hat sie schon am 13. November 1918 den staatlichen Schutz gegen Arbeitslosigkeit eingeführt.

Ohne die vorbildliche Tat der Volksbeauftragten wäre es heute nicht möglich gewesen, diese Versicherung zu schaffen.

Dann aber kam die rückläufig-politische Bewegung, die aus dem Schutz gegen die Erwerbslosigkeit einen halben Zwang und eine halbe Fürsorge machte. Um aus dieser Lage herauszukommen, stimmte die Sozialdemokratie der Schaffung der Versicherung zu, kaum aber wurden die ersten Arbeiten dazu geleistet, da setzte sich schon der Widerstand der Unternehmer ein. Wir haben von Anfang an gefordert, daß die Arbeitslosen einen Rechtsanspruch auf Unterstützung haben und daß ihnen keine Fürsorge zuteil wird. Wir haben im Ausschuss schließlich eine Reihe wichtiger Verbesserungen erzielt. Es wäre aber an der Zeit zu zeigen, wo im Ausschuss die produktiven Kräfte sitzen, die an der positiven Gestaltung der sozialen Vorlage arbeiten. Bei der Beratung des Arbeitszeitgesetzes hat man den Versuch gemacht, Sozialpolitik ohne die Sozialdemokratie zu machen. Inzwischen hat man aber gelernt, daß ohne die Mitarbeit der Sozialdemokratie nützliche sozialpolitische Arbeit nicht geleistet werden kann. (Sehr wahr bei den Soz.) Es hat sich als ein Vorteil erwiesen, daß Herr Stegerwald an den Beratungen nicht teilnahm. (Heiterkeit) und daß die anderen Vertreter des Zentrums nicht den Rat Siegerwalds befolgten, die „Sozialdemokratie einzukreisen“. Jedenfalls ist festzustellen, daß ohne die Sozialdemokratie eine brauchbare Versicherung nicht geschaffen worden wäre. Die Sozialdemokratie hat aber auch gezeigt, wie man auch als politische Organisation, die Pflichten gegen die Arbeiterklasse hat, geradezu berufen ist, schöpferische Arbeit zu leisten. Demgegenüber geht aus dem Ausschussbericht hervor, daß die größte Regierungspartei, die Deutschen Nationalen, eine vollkommen passive Rolle gespielt haben, die ganz im Gegensatz zu der Aktivität, die diese Partei bei der Bewirkung der Zollwucherpläne entfaltet hat. (Sehr richtig bei den Soz.)

Wir haben vor allem dafür gefordert, daß für diese Versicherung eine Reichsorganisation geschaffen wurde, daß unter Standpunkt in dieser Frage richtig war, ist durch die gestrige Erklärung des bayerischen Vertreters bestätigt worden. Dabei finden wir es höchst merkwürdig, daß sich ein Landesvertreter auf die neue und die alte Verfassung berufen hat. Wir haben keine alte Verfassung, sie gehört ins alte Eisen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Die geschichtliche Entwicklung läßt sich nicht rückwärts schrauben, wir haben nach der Reichsverfassung für den Schutz der Arbeitskraft zu sorgen.

Freilich unter der „alten“ Verfassung in Bayern konnten die Erwerbslosen verhungern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir kennen auch keine „Eigenstaatlichkeit“ Bayerns oder anderer Länder, wir müssen eine Gemeinheitsorganisation haben, bei der die einzelnen Gebiete sich gegenseitig unterstützen. Insbesondere in der Arbeiterversicherung brauchen wir eine einheitliche Organisation für das ganze Reich, die über die Grenzen der einzelnen Länder hinausgeht.

Wir haben auch gefordert, daß reiflos alle Arbeiter erfaßt werden. Leider sind aber noch die landwirtschaftlichen Arbeiter und die Binnen- und Küstenfischer ausgeschlossen worden. Dagegen haben wir den Fortschritt, daß Arbeiter und Angestellte von einer einheitlichen Versicherung erfaßt werden. Das läuft in keiner Weise den Interessen der Angestellten zuwider. Wo es darauf ankommt, den besonderen Interessen der Angestellten entgegenzukommen, bei den Lohnklassen, hat die Sozialdemokratie sich für sie eingesetzt, die bürgerlichen Parteien aber haben die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt. Wir haben den größten Wert auf die Selbstverwaltung und die Mitarbeit der Organisationen gelegt. Leider hat man dabei auch die öffentlichen Berufsvertretungen, Handelskammern usw. eingeschloßen, durch die man den Unternehmern eine doppelte Vertretung gab. Die Arbeiter und Angestellten hält man aus diesen Vertretungen fern, schaltet diese aber in die Arbeitslosenversicherung ein.

begrüßen, und man kann nur hoffen, daß sie durch die Ereignisse bald bestätigt werden. Besonders erfreulich ist die Ankündigung der Wiederaufnahme von Verhandlungen über den Abschluß eines polnisch-russischen Garantiepaktes. Es scheint, daß die Rückkehr Tschitscherins nach Moskau eine beruhigende Wirkung auf die aufgeregten Sowjetgemüter ausgelöst hat. Tschitscherin, der in den letzten Wochen sowohl mit Poincaré und Briand, wie mit Leyk und Stresemann konferiert hat, vermag sicher unvergleichlich besser die außenpolitische Lage zu übersehen, als die Leute, die aus dem Krimi kaum herauskommen und die offenkundig von einer regelrechten Panik ergriffen wurden, in der sie allen möglichen aufgeregten Unsinns redeten und schrieben. Mit der Beilegung des Streites um den Gefandtenmord und vor allem mit der Wiederaufnahme von Verhandlungen über einen Sicherheits- und Garantiepakt zwischen Moskau und Warschau bricht die ganze hysterische Propaganda der bolschewistischen Internationale gegen den „unmittelbar drohenden Krieg“ zusammen.

Die Grenzzwischenfälle am Mont Cenis.

Diplomatischer Schritt Frankreichs in Rom.

Paris, 5. Juli. (Eig. Drahtber.) Der neue Zwischenfall an der italienisch-französischen Grenze, bei dem italienische Gendarmen auf französische Arbeiter Schüsse abgaben, hat in Paris zum Teil scharfe Kommentare ausgelöst. Der „Temps“ bestätigt auf Grund eigener Informationen, daß es außer Zweifel stehe, daß sich die betreffenden Arbeiter etwa 200 Meter tief auf französischem Boden befunden hätten,

Es ist uns gelungen, die Arbeitsvermittlung in dieses Gesetz einzuschließen.

Die privaten Stellenvermittlungen müssen nunmehr aber gänzlich verschwinden, die für die davon betroffenen Berufe ein wahrer Arbeitschaden sind.

Bei der Versicherung haben wir uns auf den Boden der Lohnklassen gestellt, wir machen kein Hehl daraus, daß wir für die qualifizierten Arbeiter entsprechend ihrer gesteigerten Lebenshaltung auch in Zeiten der Arbeitslosigkeit eine ausreichende Unterstützung wünschen. Auch die Kommunisten befolgen diesen Grundsatz, wenn sie in ihren eigenen Betrieben einen Unterschied zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern machen. Die Kommunisten bekämpfen die Lohnklasseneinteilung. Wir wünschen, daß alle Arbeiter die Anträge sehen, die die Kommunisten im Sozialpolitischen Ausschuss eingebracht haben. Hier verlangen sie, daß die Unterstützung verschieden bemessen wird, in Städten mit über 10 000 Einwohnern und in Gebieten mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung. Wenn das einer unserer Freunde verlangt hätte, dann würde ich das als Unsinns bezeichnet haben, denn ist nicht häufig die Lebenshaltung in den Gebieten, die keine Städte mit über 10 000 Einwohnern haben, besser, als in den größeren Städten? Und umgekehrt, müssen nicht die Arbeiter in vielen kleinen Industriezentren eine viel niedere Lebenshaltung führen, als in den anderen Gebieten? Ich habe einmal den Kommunisten im Ausschuss gesagt, wie verschieden die Löhne in Rußland sind. Ein Ingenieur bezieht dort zehnmal soviel wie ein Arbeiter, eine Spanne also, die bei uns unerhört wäre.

Wir vertreten den Standpunkt, daß auch in Zeiten der Arbeitslosigkeit den Bedürfnissen der Arbeiter Rechnung getragen werden muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In der Bemessung der Beiträge ist die Mehrheit des Ausschusses den Vorschlägen meiner Partei leider nicht gefolgt. Wir haben Landesbeiträge und einen Reichsanteil. Wenn es bei den Ausschussbeschlüssen bleibt, so bedeutet das, daß Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit höhere Beiträge bezahlen müssen, als günstiger gestellte Gebiete. Wir verlangen die einheitliche Bemessung der Beiträge, die günstigeren Gebiete müssen dabei mitwirken, daß den ungünstigeren Gebieten geholfen wird. Für unhalbar halten wir es auch, daß den Gemeinden ein Fünftel der Krisenfürsorge auferlegt wird. Wir halten es für berechtigt, wenn sich die Gemeinden dagegen wenden. Man kann vom Reich verlangen, daß es in der Krisenfürsorge ohne die Mittel der Gemeinde auskommt. Wir wenden uns auch

gegen die Verlängerung der Karenzzeit.

(Abg. Kädel (Komm.): Warum haben Sie nicht für unseren Antrag gestimmt?) Herr Kädel, ihre Anträge im Ausschuss sind so unklar und widerspruchsvoll gefaßt, sie schwächen so in der Zeit, daß man unmöglich für sie stimmen kann. Sie machen die Revolution im sozialpolitischen Ausschuss, sie verlangen, daß die Unternehmer aus der Arbeitslosenversicherung herauswischen. Wir dagegen sind der Meinung, daß man die politische Macht nicht durch solche Anträge im Ausschuss erreichen kann, sondern nach den jeweiligen politischen Verhältnissen, das bestmögliche für die Arbeiterklasse herauszuholen muß. Es steht ja fest, daß für manche ihrer Anträge nicht einmal ihre eigenen Genossen gestimmt haben. Bei der Beratung der Vorlage haben wir auch einige Verbesserungen erreicht. Die Uebergangsbemessungen wurden günstiger gestaltet, bei der Unterstützung sind die unbeschäftigten Kinder eingeschloßen worden, die Anwartschaft aus der Invalidenversicherung wird ohne Beitragsleistung ausreicht erhalten, Entschädigungen aus unbeschäftigter Entlohnung dürfen auf die Unterstützung nicht angerechnet werden. Das mag nicht viel erscheinen, aber für den Arbeitslosen sind viele einzelnen Verbesserungen von großer Bedeutung. Und wenn die Sozialdemokraten nach den Rezepten der Kommunisten gehandelt hätten, dann hätten wir auch diese Einzelheiten nicht erreicht.

Wir bedauern es außerordentlich, daß die Bestimmung nicht beibehalten wurde, die eine Pflichtarbeit vorseht.

Die Versicherung nimmt die Beiträge der Arbeiter entgegen, sie hat also kein Recht dazu, für die Unterstützung nach besondere Arbeitsleistung zu verlangen. Das würde auch bedeuten, daß in einzelnen Betrieben billigere Arbeit geleistet wird. Bedenken haben wir auch gegen den Streikparagrafen 57. Durch Entziehung der Unterstützung sollen die Arbeiter gezwungen werden, ihre kämpfenden Kameraden an der Durchführung berechtigter Forderungen zu verhindern.

Wir haben für die Beratung im Plenum erneut eine Reihe grundlegender Anträge gestellt, die geeignet sind, die schwersten Schäden dieses Gesetzes zu beseitigen. Wir erwarten, daß das Haus diese Anträge prüft und dabei daran denkt, wie oft hier nach mehr Arbeit gerufen worden ist, wie oft gesagt wurde: Nur Arbeit kann uns retten. Hier handelt es sich um Arbeitslose, die arbeiten wollen und nicht arbeiten dürfen. Die ihrem Leben durch Arbeit einen sittlichen Inhalt geben wollen und daran durch Arbeitslosigkeit gehindert werden. Das ist ja der Sinn der neuen Verfassung, der Sinn des neuen Volksstaates, daß die Arbeitskraft das höchste Gut der Nation ist und daß Jeder das Recht auf Arbeit und auf Leben haben muß. Das ist aber nicht nur der Ausdruck der Verfassung, sondern das ist ein Menschenrecht. (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

als die italienische Gendarmerie trotzdem das Feuer eröffnete. Es sei aber auch festgestellt, daß die Arbeiter versucht hätten, die Grenze zu überschreiten und die Flucht ergreifen hätten, als die italienischen Gendarmen die Papiere forderten. Alle italienischen Gendarmen hätten seit längerer Zeit Befehl erhalten, auf alle Personen auf italienischem Boden zu schießen, die auf Aufforderung nicht stehenbleiben. Die italienischen Gendarmen ihrerseits erklären, sie hätten deshalb das Feuer eröffnet, weil an gewissen Stellen die Grenze nicht deutlich sichtbar sei. Auf Befragen der Journalisten hat Poincaré nach dem am Dienstag stattgefundenen Ministerrat erklärt, er habe den französischen Botschafter in Rom ersucht, die Aufmerksamkeit der italienischen Regierung in freundschaftlicher Weise auf diese Zwischenfälle zu lenken.

Dem Auswärtigen Ausschuss wird am Donnerstag Graf Bernstorff (Dem.) über die Genfer Abrüstungsverhandlungen berichten. Die Schiedsgerichtspolitik, über die Breitscheid (Soz.) und v. Freytag-Loringhoven berichten wollen, ist wieder von der Tagesordnung abgelehnt.

120 Millionen Mark für die Landesherren? In einer gemeinsamen Sitzung des Reichstags und des preussischen Staatsministeriums besprach der preussische Finanzminister die Rentenanfrage der Landesherren auf jährlich 6 Millionen Mark, was kapitalisiert einem Gesamtbetrag von 120 Millionen Mark entspricht. Trotzdem hat sich bisher das Reichskabinett noch nicht entschlossen, den preussischen Wunsch zu erfüllen, wonach diese Ansprüche lediglich nach dem Aufwertungsgehalt erfüllt werden sollen.

Deutsche Kriegsschiffe werden am 13. Juli in Riga einen offiziellen Besuch abstatten. Im August sollen russische Kriegsschiffe die lettische Hauptstadt gleichfalls besuchen.

Um die Anerkennung der Gelben.

Die Partei der Schwerindustrie nimmt sich ihrer an.

Einen Vorstoß zugunsten der Gelben hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Preussischen Landtag unternommen. Die Partei in einem Antrag vom Staatsministerium, Vorfrage zu treffen, daß den Berufsverbänden oder Gewerkschaften, die abseits von den drei sogenannten Spitzengewerkschaften die Interessen der Arbeitnehmer vertreten (?), dieselben Vorteile und Rechte wie diesen gewährt werden, soweit ihre Zusammenfassung auf gewerkschaftlicher Grundlage (das heißt Mitglieder sind lediglich Arbeitnehmer) festgestellt ist.

Die Deutsche Volkspartei wird mit ihrem Vorstoß wenig Glück haben denn schon erst hat der Reichswirtschaftsrat eine für die gelben Gewerkschaften vernichtende Entscheidung getroffen. Der Umstand, daß die Mitglieder eines Berufsverbandes oder einer Gewerkschaft lediglich Arbeitnehmer sind, schafft noch keine wirklich selbständige Organisation. Dazu gehört die moralisch-geistige und die finanzielle Selbständigkeit und Unabhängigkeit, Beides fehlt den Gelben.

Schiedspruch im Braunkohlenbergbau.

Unter dem Druck des Reichswirtschaftsministers.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zur Neuregelung der Löhne im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau führten am Dienstag zur Fällung eines Schiedspruches, der eine Erhöhung der Löhne ab 4. Juli um 3 Proz. vorsieht. Die Neuregelung soll unföndbar bis zum 31. Dezember 1927 laufen und von da ab mit vierwöchiger Frist kündbar sein. Die Forderungen, die von den Gewerkschaften neben der Lohnerhöhung gestellt worden waren, wurden abgelehnt, ebenso einige Anträge der Unternehmer. Ueber die Schaffung neuer Gruppen im Lohnsatz sollen die Parteien zunächst unter sich verhandeln. Die Erklärungsfrist für den Schiedspruch läuft bis zum 7. Juli.

Die Lohnerhöhung ist minimal. Dieses magere Ergebnis ist aber nicht verwunderlich, wenn man sich vergegenwärtigt, welchen Druck das Reichswirtschaftsministerium auf die Lohnverhandlungen ausgeübt hat. Es erklärte, die Gewinnspanne im Braunkohlenbergbau sei so gering, daß unmöglich mehr als 3 Proz. Erhöhung bewilligt werden könnten. Ueber 3 Proz. könne nicht hinausgegangen werden, wenn man nicht eine Erhöhung der Preise im Braunkohlenbergbau heraufbeschwören wolle.

Die schönen Grundzüge des Reichswirtschaftsministeriums sind einstweilen nur graue Theorie. Das Reichswirtschaftsministerium will keine Preiserhöhung; aber die Preise steigen beim allgemeinen Lebensbedarf, und im Herbst auch wieder bei der Weize. Diese Preiserhöhungen sind damit noch nicht aus der Welt geschafft, wenn im Braunkohlenbergbau die Preise nicht steigen.

Die Streiklage in Köln.

Vermittlungsversuch vor Verschärfung des Kampfes

Köln, 5. Juli. (Tl.). Im Metallarbeiterstreik haben die Gewerkschaften eine Verhandlung vor dem stellvertretenden Schlichter Dr. Siller, der als Unparteiischer die Vorverhandlungen geleitet hatte, abgelehnt, weil sie kein Vertrauen zu ihm haben.

Zu einer Aussprache vor dem ordentlichen Schlichter Dr. Joettien haben sie sich dagegen bereit erklärt. Die Antwort der Arbeitgeber steht dagegen zur Stunde noch aus. Sollte es infolge Scheiterns der Verhandlungen zu neuen Ausperrungen kommen, wird bis spätestens Donnerstag dieser Woche mit verhängnisvollen Streikmaßnahmen zu rechnen sein.

Die Unternehmer sperren aus.

35 000 Arbeiter auf der Strafe.

Köln, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Arbeitgeberverband für die Metallindustrie hat, da die Gewerkschaften der Aufforderung, den Streik abzubrechen, keine Folge gegeben haben, beschlossen, die Arbeiter ab 6. Juli auszusperrern.

Kampf in der pfälzischen Textilindustrie.

Um Arbeitszeit, Lohn und Ferien.

Ludwigshafen, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der pfälzischen Textilindustrie ist ein Konflikt ausgebrochen, der an Ausdehnung von Tag zu Tag zunimmt. Die Textilarbeiterchaft hat den Lohnsatz, die Arbeitszeitbestimmungen und den Manteltarif zum 1. Juli gekündigt. Sie fordert eine Lohnerhöhung von 15 Proz. und Festsetzung der 48-Stunden-Arbeitswoche. Die Verhandlungen der Parteien führten zu keinem Resultat, da die Arbeitgeber nur lächerlich geringfügige Zugeständnisse angeboten haben und zu gleicher Zeit bestehende Vergünstigungen an einzelnen Orten beseitigen wollen. In Lamprecht, Schönthal, Weidental und ebenso in den Baumwollspinnereien Speyers haben die Arbeitnehmer bereits gekündigt. Im Laufe der Woche werden, wie wir hören, die Kündigungen der Textilarbeiter in Ludwigshafen und Aßel nachfolgen. Die Schlichtungsverhandlungen werden am 8. Juli in Ludwigshafen stattfinden.

Der GdA. mit den Unternehmern.

Vergebliche chemische Reinigung.

Unter Bezugnahme auf den Artikel „Der GdA. mit den Unternehmern. Unbezahlte Ueberstunden in der chemischen Industrie“ in Nr. 310, Ausgabe A, Nr. 158, vom 3. Juli 1927, des „Vorwärts“ ersucht uns der GdA. auf Grund des § 11 des Pressegesetzes nachfolgende Berichtigung aufzunehmen:

Unwahr ist, daß der GdA. die Tarifpolitik in der chemischen Industrie in der Sucht getrieben hat, alleiniger Tarifkontrahent zu werden. Wahr ist, daß der GdA. den übrigen Organisationen wiederholt die Beteiligung an dem Tarifvertrag für die Angestellten der chemischen Industrie Berlins unter der Bedingung, daß eine gleichlautende Vereinbarung für andere Branchen zustande kommt, angeboten hat. Unwahr ist, daß der GdA. fortlaufend Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen festlegt. Wahr ist, daß der GdA. wiederholt Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, insbesondere der Gehälter, hat vereinbaren können. Unwahr ist, daß die über 48 Stunden hinausgehende Arbeit bis zur 54. Stunde nicht bezahlt zu werden braucht. Wahr ist, daß nach den tarifvertraglichen Abmachungen die über 48 Stunden wöchentlich geleistete regelmäßige Arbeit mit mindestens $\frac{1}{100}$ des Monatsgehalts zuzüglich eines Zuschlags zu bezahlen ist.

Zu dieser Berichtigung wollen wir gleich die Ziffer 12 des Vertrages anführen:

„Für die . . . Angestellten kann die Geschäftsleitung, wenn es die besonderen wirtschaftlichen Bedürfnisse des Unternehmens erfordern, die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit

im Benehmen mit der Angestelltenvertretung allgemein bis auf 54 Stunden wöchentlich ausdehnen.“

Und in Ziffer 13 des Vertrages heißt es betreffend der Bezahlung der Ueberstunden:

„Dauernde Mehrarbeit über die betriebliche normale Arbeitszeit hinaus ist entsprechend der Tätigkeit bei Bemessung der Bezüge zu berücksichtigen.“

Also während man den Unternehmern zugestieht, die regelmäßige Arbeitszeit auf 54 Stunden wöchentlich auszudehnen, wird über die Bezahlung vereinbart, daß nur die „über die betriebliche normale Arbeitszeit hinaus“ geleistete Tätigkeit „zu berücksichtigen“ ist, aber auch nur, wenn dauernd ist. Für die ersten sechs Ueberstunden wird also überhaupt nichts gezahlt und für die darüber hinausgehende Arbeitszeit wird nur gefagt, daß sie zu „berücksichtigen“ sei. Die Rücksichtnahme der Unternehmer, ganz besonders in der chemischen Industrie, ist ja bekannt. Deshalb sah der Arbeitgeberverband den Inhalt des Abkommens mit dem GdA. ganz richtig auf, wenn er in einem Rundschreiben an seine Mitglieder sagt:

„Hierzu bemerken wir, daß durch die vorstehend wiedergegebene Regelung an dem bisherigen Zustand nichts geändert wird.“

Das generöse Angebot an die übrigen Organisationen war, wie ja die Berichtigung selbst zugibt, unter der Bedingung gestellt, daß der GdA. z. B. auch bei Abschluß der Tarife für die Konsumangestellten normale Arbeitszeit hinaus beteiligt wird, obwohl er dort keine Mitglieder hat. Man braucht nur die Arbeitszeitbestimmungen dieser Verträge, wo der GdA. nicht beteiligt ist, zu vergleichen mit dem Vertrag für die chemische Industrie, wo der GdA. das Monopol hat, um über seine Gewerkschaftspolitik das richtige Urteil zu bekommen.

In dem Artikel „Der GdA. mit den Unternehmern“ ist im dritten letzten Absatz, letzter Satz, ein sinnentstellender Druckfehler enthalten. Es heißt dort: . . . dabei hat er von den kaufmännischen Angestellten keine Mehrheit mehr organisiert . . . Das Wort „mehr“ hinter Mehrheit ist natürlich zu streichen. Der GdA. hat jetzt nicht und hat niemals die Mehrheit der kaufmännischen Angestellten organisiert gehabt.

Angestellte der chemischen Industrie. Donnerstag, 7. Juli, um 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, große öffentliche Versammlung der Angestellten der chemischen Industrie. Tagesordnung: 1. Die GdA.-Arbeitspolitik in der chemischen Industrie. Referent: Kollege Günther vom Fabrik. 2. Diskussion und Beschließen. Alle Angestellten, deren Interessen durch den GdA.-Tarifvertrag fortwährend geschädigt werden, müssen an der Versammlung teilnehmen. **Einlaß 9 $\frac{1}{2}$ Uhr.**

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Heute, Mittwoch, 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, tagen die Gruppen: **Neukölln:** 1. Gruppenheim Jugendheim Bergr. 29. Hof, Heimbefragung. — **Wilmersdorf:** 2. Gruppenheim Lehmer Str. 18-19, Heimbefragung. — **Ruß:** und **Liebersohn:** — **Charlottenburg:** Gruppenheim Jugendheim Deutsches Krankenhause, Berliner Str. 137, Heimbefragung und Lieberabend. — **Korfbirg:** Gruppenheim Jugendheim Oberwallstr. 10, Vortrag: „Individualismus — Dualismus — Gemeinschaft.“ — **Wilmersdorf:** Gruppenheim Baumföhlenweg, Gräffstr. 16, Heimbefragung — **Dischhofenstraße:** Rationalisierung und Arbeiterschaft. — **Wilmersdorf:** Gruppenheim Berliner Bergr. 26, Heimbefragung. — **Zentrum:** Gruppenheim Reddenstr. 24-25, Heimbefragung. — **Von-Spandauer Platz:** und **Frankfurter Allee:** Spielen im Friedrichshagen, Spielplatz 3. — **Zeppelinfeld:** Ab 18 Uhr Spielen auf der Schillerwiese im Schillerpark. — **Gelendbrunnen:** Ab 18 $\frac{1}{2}$ Uhr Spielen im Schillerpark, große Wiese.

Verantwortlich für Politik: Virtos Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Striner; Feuilleton: Dr. John Schifowell; Lokales und Sonstiges: Fritz Kerschütz; Anzeigen: Th. Glade; Geschäft in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Einbertstraße 3. **Streu 1 Verlage und „Unterhaltung und Wissen“.**

Großer Saison-

AUSVERKAUF

in fast allen Abteilungen

Beginn 1. Juli

Bis zur Hälfte herabgesetzt sind die Preise vieler Waren in den bekannt guten Qualitäten

Waschstoffe

Bahnoffen ungeh. Holzbohlen, brauner Oelfarbenanstrich, Metalldeckelhalter, vermessigte Schloßer, m. Einsatz, 80 cm lang **16⁵⁰ 19⁷⁵**

Eintaufbentel gummiertes Satin, waschb., solid, auswechselb. Holzgr. durchweg **95⁰⁰**

Musselinet gute Qualität, moderne Muster, jetzt Meter **68⁰⁰**

Krepp bedruckt, neue Muster, jetzt Meter **85⁰⁰**

Jacquard Kunstseide mit Baumwollwolle, helle Modetönen, jetzt Meter **98⁰⁰**

Kunstseide waschbar, größte Musterwahl, jetzt Meter **1¹⁰**

Frotté ca. 100 cm breit, jetzt Meter **1¹⁰**

Vollvoile ca. 100 cm breit, Blumenmuster, jetzt Meter **1⁷⁵**

Eingrosser Posten

Damen-Taschentücher z. T. leicht angestaubt, in verschied. Qualitäten und Ausführg., früh. b. 12 Pf., jetzt **10⁰⁰**

Damen-Taschentücher weisse Batist, farb. Häkelkante, karant. waschecht, früher 1 Dtd. bis 1,10, jetzt **75⁰⁰**

Kleiderstoffe

Schotten reine Wolle, moderne Stellungen, grosse Auswahl früher Meter bis 2,45, jetzt **1⁴⁵**

Wollmusseline schöne Druckmuster, früh. Mtr. bis 2,90, jetzt **1⁶⁵**

Eolienne Wolle mit Seide, grosses Farbensortiment, früh. Mtr. bis 5,50, jetzt **3⁵⁰**

Kammgarn Composé reine Wolle, ca. 110 cm breit, früher Meter bis 8,50, jetzt **3⁶⁵**

Elfenbein-Rips-Popeline reine Wolle, ca. 130 cm bt., gute Kleiderware, früh. Mtr. bis 6,50, jetzt **4⁹⁰**

Ein Posten **baumwl. Tüll** ca. 50 cm breit, Meter **28⁰⁰**

Reste u. Abschnitte in Stickereien, Klippel-, Valenciennes-, Spachtelspitzen usw. **enorm billig**

Badewäsche

Frotteierhandtücher schwere Qualität, in farbigen Jacquardmustern, jetzt **1¹⁰**

Badelaken guter Frotteierstoff in farbigen Jacquardmustern, ca. 125x160 cm **4⁹⁰**

Badeanzüge guter Trikotstoff, von **95⁰⁰** Pf. an

Badehauben garniert **30⁰⁰** Pf.

Damen-Schirme schwarz, Halbseide, 12 teilig, Topform **4⁹⁰**

farbig, Halbseide, 12 teilig, Topform **5⁹⁰**

Seidenstoffe

Damassé Kunstseide mit Baumwolle, für Jackenfutter, schwere Qualität, Meter **2²⁵**

Seidenvoile (Schappe), ca. 100 cm breit, schwarz und marine, Meter **2²⁵**

Rohseide in vielen Farben, Meter **2⁸⁵**

Taffet einfarbig u. glanz, doppeltbreit, f. Kleider, Meter **3⁸⁵**

Crépe de Chine doppeltbreit, moderne Druckmuster, Meter **5⁸⁵**

Ein Posten **Spitzenwesten** mit Vollerinsatz **85⁰⁰**

Ein Posten **Crépe de Chine-Westen** mit Valtchen und Fernmutterknöpfen, in vielen Farben, extra lang **1⁹⁵**

HERMANN TIETZ

Leipziger Str. * Alexanderplatz * Frankfurter Allee * Belle-Alliance-Str. * Brunnenstr. * Koilbuser Damm * Wilmersdorfer Str. * Andreasstr. * Chausseestr.

Das Ende der Jannowitzbrücke.



Mit nicht geringem Staunen werden die Berliner vernommen haben, daß die Jannowitzbrücke, eine der bekanntesten und verkehrsreichsten Brücken Berlins, der neuen Strecke der Untergrundbahn zum Opfer fallen soll, um dann allerdings in verbesserter Auflage neu zu entstehen.

Außer der Michael, der Getrauiden- und der Mühlendammbrücke hat keine andere Spreuerüberführung des Ostens einen solchen gewaltigen Verkehr zu bewältigen wie diese Brücke, nach der dann auch die Haltestelle der Stadtbahn ihren Namen bekommen hat. Vermittelt sie doch den Verkehr zwischen dem ungemünzt dicht bevölkerten inneren Südosten mit dem Zentrum und dem Osten. Und wenn die Brücke selbst auch von keiner bautunmässigen Bedeutung ist, so vermittelt sie doch in gewissen Tagesstunden hochinteressante Bilder von Berlin und seinem Leben. Bilder, die allerdings den wenigsten bekannt sind. Wenn sich im Hochsommer der Sonnenball zur Küste neigt, dann hat man von der Jannowitzbrücke in den Abendstunden bei klarem Wetter ein unvergleichlich schönes Bild Stromabwärts. Um die Zeit des Arbeitschlusses wieder hat die Brücke ein anderes Aussehen. Dann strömt es ununterbrochen in dichten langen Zügen aus den Fabriken des Köpenicker Viertels über die Brücke zum Stadtbahnhof. Dann sind alle Straßenbahnen bis auf den letzten Platz besetzt. Viele Mädchen und Frauen sieht man in diesen Massen, unter deren eiligem Schritt die Brücke erdröhnt. In ganz Berlin ist die Brücke aber dafür bekannt, daß von ihr aus die Dampfer nach der Oberspree und dem Müggelsee abfahren.

Die Jannowitzbrücke wurde im Jahre 1822 als hölzerne Klappbrücke erbaut, und zwar, was man heute kaum verstehen wird, von einer Aktiengesellschaft, die gegründet wurde „zur Erbauung einer Brücke vom Wusterhausenischen Holzmarkt nach der Stralauer Aufschwemme“. (Historisch nach dem Statut der Aktiengesellschaft.) Der Vorsitzende („Hauptunternehmer“) war der Berliner Kaufmann Christian August Jannowitz. In dem Statut, das die Aktiengesellschaft aufstellte, war auch ein Brückengeldtarif enthalten. Hiernach hatten zu zahlen: „Ein Fußgänger allein oder mit einer Karre oder mit einem Handwagen: 5 Pf. Scheidemünze; ein Reiter oder jedes Haupt eines Kleineren oder

größerer Viehtransportes: 5 Pf. Scheidemünze; desgl. ein leerer Fracht- oder Arbeitswagen: für jedes Pferd: 5 Pf. Scheidemünze; ein beladener Wagen für jedes Pferd 10 Pf. Scheidemünze; ein Kutsch- oder Kaleschwagen oder ein Schlitten: für jedes Pferd 10 Pf. Scheidemünze.“ Die alte Jannowitzbrücke war demnach ein regelrechtes Erwerbsunternehmen. Heute hingegen herrscht in dem allgemeinen Rechtsempfinden die Ueberzeugung, daß Straßen und Brücken frei von Steuern und Gebühren sein müssen. Der Neubau der Brücke in den Jahren 1881/83 gestaltete die Brücke in der Form, wie sie heute noch ist.

Das erneuerte Brandenburger Tor.

Der „Schmerz“, der den Berlinern durch die zeitweilige Verbannung der Berolina vom Alexanderplatz zugefügt worden ist, dürfte eine erhebliche Milderung durch die Tatsache erfahren, daß ein anderes Wahrzeichen Berlins, das Brandenburger Tor, nach monatelangen Arbeiten endgültig wiederhergestellt ist. Das Balken- und Brettergerüst ist bis auf zwei Baujähne, die die linke und rechte Säulenhalle des Tores umgeben, vollständig verschwunden. Aber auch hier wird sich bald dem Auge das gewohnte Bild bieten, denn die geringfügigen Arbeiten, die jetzt noch zu erledigen sind — es handelt sich um die Einlassung neuer Granitplatten in den Fußboden —, dürften nur wenige Tage dauern. Hell und leuchtend ruht der Oberbau, der die Quadriga trägt, auf den mächtigen Säulen, die ihre alte graue Farbe behalten haben. Die Renovierung der Quadriga, deren eisernes Innengerüst durch rostigen Schaden erlitten hatte, hat an die Fähigkeiten der Kupferschmiede große Ansprüche gestellt. Auch das Äußere des Siegeswagens strahlt in erhöhtem Glanz und die Pferde scheinen von neuer Kraft befeelt. Der während der Jahre 1788 bis 1791 zum Bau des von Langhans entworfenen Tores verwendete Sandstein stammte ausschließlich aus Sachsen und wurde erst später durch den nieder-sächsischen Sandstein, der weiterbeständiger ist, ersetzt. Dieser Sandstein, der seine Heimat in der Gegend von Alt-Waribau, Radwitz und Plagwitz hat, ist auch jetzt wieder benutzt worden. Man hofft, daß man dadurch für die nächsten hundert Jahre ohne wesentliche Reparaturen auskommt. Die Wiederinstandsetzungs-

arbeiten hatten teilweise große Schwierigkeiten verursacht, weil beim Fortnehmen schadhafter Stücke immer wieder neue beschädigte Steinblöcke entdeckt wurden. Auch das Einpassen der neuen Steine bzw. ihre Bearbeitung nach dem Muster der alten Steinmehnen, die vor mehr als hundert Jahren das Baumerk errichteten, stellte die Kunst der Steinmehnen auf eine harte Probe. Und nun ist alles bis auf die erwähnten kleinen Restarbeiten glücklich beendet und der Berliner wird froh darüber sein, daß nicht nur ihn, sondern auch den Besuchern seiner Vaterstadt das alte Wahrzeichen in neuer stolzer Pracht grüßt.

Fassadenkultur.

In Berlin werden die Fassaden gepußt. Es war wahrhaftig nötig genug; jede kleine Regenbörfel aus dem mürrischen Berputz große Stücke heraus, jeder Straßenpassant kam bei windigem Wetter in Gefahr, meuchlings erschlagen zu werden. Nicht nur in den Arbeitergebieten, auch in den westlichen Vierteln sahen die früher so herrlich in „Renaissanz“ oder „Jugendstil“ verfaßten Fassaden ausförmig und wie pockennarbig aus. Schließlich ging es so nicht mehr weiter, und da der Hausbesitz sich jetzt dank der in Permanenz erklärten Wohnungsnot und der auf die Mieterchaft abgewälzten „Schönheitsreparaturen“ recht gut rentiert, faßt ein Hausbesitzer um den anderen den großen Entschluß: „Diesen Sommer wird die Fassade gepußt!“ — Also erleben wir jetzt das Vergnügen, die Gerüste aufbauen und abmontieren zu sehen, und herrlich erneut zeigen sich die Berliner Häuser. Ja, wahrhaftig, herrlich erneuert! Denn die „neue Sachlichkeit“ feiert Triumphe; so manche prärrassielisch schlanke Gipsjungfrau, so manches Karnapidenpaar, das sich einbildete, ohne seine vorgetauschte Tätigkeit stürze des Hauses Pforte ein, erlebt das Schicksal, das heut als Demokleschwerer auch über allen Menschen aus Fleisch und Bein hängt: Es wird einfach abgebaut. Und es erhebt sich, streng modern, in glatten, strengen Linien die neue Fassade, die neue Fassade, die nur den einen Fehler hat: Sie ist genau so ein Schwindel wie die alte... Denn genau wie hinter der „Renaissanz“ des früheren „Portals“ steckt jetzt hinter der „neuen Sachlichkeit“ des glattgeputzten Eingangs unsere alte Bekannte, die Mietskasernen. Mit allem Zubehör: dem „Berliner Zimmer“, das nur ein erweitertes Stück Korridor ist, mit den vermahlrosten Wohnungen, die, schon vermahlrosten aus Kriegsjahren übernommen, von den Mietern für die abzugsberechtigten Prozente der „Schönheitsreparaturen“ nicht in Ordnung gebracht werden können, und mit der Ueberfülle an Menschen, die die Wohnungsnot in jeder Wohnung zusammenpreßt. Und wenn es auch schätzenswert ist, daß wir jetzt nicht mehr meuchlings von einem imitierten „Auftakt“lein oder einer gipsernen Sezessionsblume erschlagen werden können, wenn auch die neuen Fassaden den Straßen ein angenehmeres Gesicht geben: Den Kundigen mahnen sie doch nur an die Geschichte von den „übertündeten Gräbern“ im Evangelium, und sie sind ihm ein lehrreiches Gleichnis unserer ganzen — Fassadenkultur.

Zu der Verhaftung der Billeneinbrecher erfahren wir weiter, daß, wie wir heute früh schon berichteten, in Spahnneudorf und Bergfelde Lokalkrimine und Gegenüberstellungen stattgefunden haben. Wie bekannt, waren die Verbrecher zunächst im Garten auf die Hausangestellte mit ihrem Bräutigam gestoßen und hatten sie durch Drohungen mit der Waffe veranlaßt, ruhig zu sein. Gestern glaubte das Mädchen in Wittraf einen der Täter bestimmt wiederzuerkennen, während der Bräutigam noch zweifelte. Er hatte sein Hauptaugenmerk auf den zweiten Verbrecher gerichtet. Im Laufe des heutigen Tages werden auch die Zeugen, die gestern nicht zu erreichen waren, herangeholt werden. Wittraf gibt an, daß er im Jahre 1916 als russischer Kriegsgefangener nach Deutschland kam und seitdem viel umhergewandert ist. Er will sein Alibi dadurch beweisen, daß er als Bogiergast in verschiedenen Herbergen eingetragen ist, zur Zeit des Einbruches also nicht in den Bororten gewesen sein kann. Diese Angaben werden noch nachgeprüft.

Zu stark für dies Leben.

10] Von Iwan Heilbut.

„Das gefällt mir,“ sagte Herr Uri lachend, „und auch, daß Sie, was Ihre Kopfzier betrifft, nicht im Wettbewerb mit den Männern stehen.“

Hier mußten alle lachen. Herr Uri machte auf seine Art Komplimente. Gertrud hatte zwei goldblonde Zöpfe dicht und breit im Nacken gewunden. Sie bedeckten die Ohren — die sicherlich so dunkel erröteten wie Wangen und Stirn, als Herr Uri das Glas, mit einem leichten Rotwein gefüllt, ihr entgegenhielt, und mit seinem galantesten Lächeln sagte: „Zuerst auf Wohl und Gesehung Ihrer Mutter im Krankenhause — und nun auf das Ihre!“

Er lachte und trank. Grahl legte seine weiße Stirn zwischen Daumen und Zeigefinger; Gertrud bückte sich, um ein Fäßchen vom Teppich zu heben; Hermann sprach einige Silben, stand auf und entfernte sich aus der Stube.

Achtes Kapitel.

Am folgenden Tage wurde Grahl durch den Lehrling Menzel vor Herrn Karst gerufen. Herr Karst las in einem Briefe ruhig bis zu Ende, ohne den Gruß von Grahl erwidern zu haben, der nahe der Tür stehen geblieben war. Als er mit dem Lesen fertig war, machte der Personalschef dem Angestellten den Vorschlag, freiwillig zum Ende des Monats auszuschneiden.

Grahl glaubte im Ernst, nicht richtig verstanden zu haben. Herr Karst wiederholte den Vorschlag und Grahl konnte darauf nur fragen: Ob nicht gestern ein Beschluß der Instanz in dieser Sache entschieden hätte? Herr Karst überhörte diese Bemerkung. Es schien, als interessierten ihn nur seine eigenen Worte — und außer diesen höchstens die Bestätigung, die nach seinem Wunsch zu erfolgen hatte. Er wiederholte wörtlich das vorige Verlangen. Grahl preßte die flache Hand an die Stirn. — Sie nehmen mich hier beleidigend einfach, schien er zu denken. — „Wie soll ich auf das mir zugesprochene Recht verzichten?“ sagte er laut. — „Sie wollen also nicht?“ fragte Karst. — „Nein.“ — „Gehen Sie an Ihre Arbeit.“ — Grahl ging in die Paketannahme zurück.

Am nächsten Morgen wurde er wieder in das Glashaus des Herrn Karsts gerufen. „Haben Sie sich meine Frage inzwischen bedacht?“ fragte Karst. — „Ich hatte keine Veranlassung, dies zu tun.“ — „Was sollen wir also mit Ihnen beginnen?“ — Grahl schwieg. Dann sagte er leise: „Ich bin tauglich zur Arbeit, so gut wie ein anderer.“ — Mit einem

Mal begann der Personalschef zu lächeln. Er stand auf und ging in vertraulicher Art bis dicht vor Grahl. Dann sagte er leise: „Ich will Ihnen einmal im geheimen eine Andeutung machen. Sie haben sich an der höchsten Stelle vorübergehend in Ungunst gebracht.“ — Grahl sagte kein Wort. Er blickte sein Gegenüber wartend an. — „Bedenken Sie,“ fuhr der Personalschef geheimnisvoll leise fort, „daß Ihr Mandat als Vertreter des Personals Sie in eine feindliche Stellung zur Leitung gedrängt hat.“ — „Was soll das heißen?“ fragte Grahl, indem er die Lider zusammenzog. — „Ihr Mandat ist zum Schaden für Sie, wie es scheint.“ — Er bemerkte, daß Grahl zu zittern und schwer zu atmen begann. Plötzlich verzog der Alte den Mund zu spöttischem Lächeln. „Das Befehl, das den Angestelltenvertreter gegen die Leitung immun macht,“ sagte er langsam, „ist also nicht überflüssig, wie's scheint. Vor dem Arbeitsgericht war von anderen Mängeln die Rede.“ — Karst biß die Lippen verärgert zusammen. — „Für Ihre Andeutung danke ich, ja,“ vollendete Grahl mit vollkommenem höflichem Tonfall.

Karst sah seinen Plan gescheitert. Grahl durchschaute, daß man ihn von dem Amt eines Ausschussmitgliedes ablocken wollte, um ihn der Immunität zu berauben. Sein Gesicht verriet sein Verständnis davon. — „Gehen Sie an Ihre Arbeit,“ sagte der Personalschef verdrießlich.

Nach der Erregung und einer gewissen Wut, welche ihn überkam — ihm schienen die Mittel, mit welchen man ihn übertölpeln wollte, gar zu beleidigend — stellte sich eine Ruhe ein, aus dem Gefühl von Geborgenheit unter dem Spruch, mit dem das Gericht ihn vor dem furchtbaren Winter des Stellungslofen bewahrte. Morgens, wenn er die Wohnung verließ, schlug ihm der Windstoß, ein Bote des nahen November, kalt ins Gesicht. Grahl empfand seine Sicherheit mit triumphierender Freude, und er bestärkte sich, allen Versuchen, die ihn zu tödlichen Schritten verführen sollten, mit wortfarrer Ablehnung oder offensichtlicher Ironie zu begegnen. Sie hatten ihm seinen alten Posten genommen — das mochten sie tun. Die Stellung, das Brot ihm zu nehmen, sollte so leicht nicht fallen. Dazwischen stand ein Befehl.

Er war inzwischen auch in den Besitz der Urteilsbegründung gelangt.

„Da die Klägerin“ — hieß es in der Begründung — „bei ihrem ausgedehnten Betriebe vielerlei Verwendungsmöglichkeit für den Beklagten besitzt, so ist in keiner Weise begrifflich, warum dem Beklagten, dessen Tauglichkeit auf dem lange geführten Posten bestritten wird, nicht eine andere Tätigkeit übertragen werden sollte. Beklagter scheint zurzeit, unter dem Einfluß besonderer Verhältnisse, nicht voll dem gewohnten Amte genügen zu können.“

„Das Gericht“ — hieß es weiter — „hält es für seine

Pflicht, den häufigen Wechsel im Ausschuss zu unterdrücken. Denn nur ein Ausschuss, der die Verhältnisse der Firma und der Angestellten im einzelnen kennt, ist seiner Aufgabe gewachsen. Nur dort, wo ein wirklich wohlgegründetes Interesse des Arbeitgebers ersichtlich ist, wird er daher seine Zustimmung zur Kündigung geben. An einem solchen wohl begründeten Interesse fehlt es in diesem Falle durchaus.“

Da konnte Grahl also ruhig sein.

Am nächsten Tage wurde er abermals vor den Personalschef gerufen. — „Sie wünschen gewiß ein Zeugnis zu erhalten?“ fragte ihn Karst. — Unwillkürlich erbleichte Grahl. Er führte Daumen und Zeigefinger zur Brille. — „Nicht wahr?“ sagte der Personalschef lächelnd. Dies gutmütige Lächeln in dem vollen brutalen Gesicht warnte den Alten. — „Warum sollte ich wünschen, ein Zeugnis zu erhalten?“ stieß er gereizt hervor. — „Halten Sie es nicht für besser,“ sagte Karst, mit ernster Miene im Sessel lehrend, „daß Sie zum ersten November den Dienst hier quittieren!“ — „Ich denke gar nicht daran,“ rief Grahl. — „Ueber kurz oder lang werden Sie doch Ihren Posten verlassen müssen,“ sagte Karst mit überzeugter Stimme und gegeneinanderklopfenden Fingerspitzen: „es kann Ihnen vielleicht gelingen, einen Monat länger bei uns herumzuliegen. — Uebrigens, schämen Sie sich denn nicht, diesen Posten da in der Paketannahme so ganz selbstverständlich innezuhalten?“ — „Ich habe mir diesen Posten niemals gewünscht,“ rief Grahl entrüstet. — „Und Sie hoffen,“ fuhr sein Gegner fort, ohne dem Ausruf Beachtung zu schenken, „Sie hoffen nach Ihrem trostigen Widerstand noch ein brauchbares Zeugnis zu erhalten?“ — „Ich will kein Zeugnis,“ rief Grahl, „ich habe Arbeit, ich habe Stellung — ich brauche kein Zeugnis.“ — „Sie werden bald anderer Meinung sein.“ — Grahl lachte. — „Ich rate Ihnen, sich flug zu verhalten. Geben Sie diese Stellung auf, wie man von Ihnen verlangt — so werden Sie mittels des Zeugnisses, das wir Ihnen ausstellen wollen, bald eine neue, besser geeignete Stellung gefunden haben. Verharren Sie aber in Ihrem ungeschickten Verhalten, so bleibt Ihnen, wenn Sie sich von den Tatsachen überfügelt finden, die Hilfe von unserer Seite verlagert.“ — „Mein gutes Schicksal erspart mir,“ schrie Grahl, „sowohl das Los, eine Stellung suchen zu müssen — eine Stellung in dieser Zeit! — als auch das Unglück, Ihr Zeugnis erwarten zu müssen. Ich will nichts mehr hören!“ schrie Grahl. — „Gehen Sie an Ihre Arbeit,“ sagte der Personalschef, ohne ihn anzublicken.

„Heißt mich, heißt mich,“ murmelte Grahl, als er den langen Flur im Kellergehoß hinabging — dort war die Paketannahme —; „solange ihr mich wie einen Hafen zu treiben versucht, merke ich doch, wie gern ihr mich fangen möchtet.“ — (Fortsetzung folgt.)

Der Ferien-Keiserverkehr flaut ab.

Vom 30. Juni bis 5. Juli 620000 Reisende befördert

Die Wogen des Verkehrs auf der Eisenbahn glätten sich jetzt langsam wieder. Die Reichsbahn hat ihr Ferienpensum reibungslos bewältigt. Der Hauptansturm ist jetzt zwar vorüber, doch herrscht auf den verschiedenen Bahnhöfen noch immer ein lebhafter Verkehr.

Nach den bisherigen Zählungen der Reichsbahndirektion sind vom 30. Juni bis zum 4. Juli etwa 600000 Reisende nach allen Himmelsrichtungen befördert worden. Den Hauptverkehr brachte der Sonnabend mit rund 140000 Fahrgästen. Von 8 Uhr morgens an verließ bis in die späten Abendstunden hinein durchschnittlich alle zwanzig Minuten ein gefüllter Zug die Bahnhofshalle in der Richtung an die Ostsee, Rügen, Usedom usw. Der Verkehr auf den anderen Bahnhöfen war ähnlich, denn alle Züge waren zu 100 Proz. besetzt.

Auch am Sonntag war der Andrang noch sehr stark. Rund 105000 Reisende verließen in den fahrplanmäßigen, 62 Vor- und Nachzügen, sowie 19 Feriensonderzügen die Reichsbahnhauptstadt. Den stärksten Verkehr hatte wieder der Stettiner Bahnhof, wo allein 13 Vor- und Nachzüge gefahren werden mußten. Interessant sind einige Zahlen über den Verkehr an den einzelnen Tagen. Am 30. Juni wurden 65000, am 1. Juli 110000, am 2. Juli 140000, am 3. Juli 105000 und am 4. Juli rund 80000 Reisende befördert. Im Laufe des gestrigen Tages gingen außer den fahrplanmäßigen Zügen noch acht Feriensonderzüge und fünf Vor- und Nachzüge ab. Nach den vorläufigen Schätzungen der Reichsbahn verließen mit diesen Zügen nochmals etwa 60000 Erholungsreisende Berlin. Insgesamt wurden in diesen Tagen von Berlin 134 Feriensonderzüge abgefahren, zu denen nach den Mitteilungen der Reichsbahn etwa 100000 Fahrkarten ausgegeben worden sind.

Die verhängnisvolle Tombola.

Wie „Steuerhinterziehungs“-Prozesse zustandekommen.

Nicht nur mit der glatten Freisprechung des Angeklagten endete ein Steuerhinterziehungsprozeß vor dem Schöffengericht Mitte, sondern es wurden auch neben den Gerichtskosten die dem Angeklagten erwachsenen Auslagen für seine Verteidigung der Staatskasse auferlegt. Diese Entscheidung des Gerichts stütze sich, wie das Urteil ausspricht, darauf, daß der Angeklagte den Steuerhinterziehungsbeschluß unbedingend war und der Angeklagte bei der Abführung der Steuer nicht in unrichtiger Weise verfahren war. Die Vorgeschichte dieses Prozesses war recht kennzeichnend für die Art, wie Steuerprozesse manchmal zustandekommen.

Der Angeklagte A. war Vorstand einer Seglervereinigung, und diese hatte im November das übliche Herbstvergnügen veranstaltet, bei dem an die Sieger des Sommers die Preise verteilt wurden. Mit dem Vergnügen war eine Tombola verbunden, und A. hatte von der zuständigen Stelle am Alexanderplatz sich vorher 400 Eintrittskarten und abgestempelte Tombolalose geholt. Einige Tage nach dem Vergnügen hatte er mit dem Amt abgerechnet. Nach einem Vierteljahr meldete sich das Finanzamt Börsen und verlangte 41,65 Mark Lotteriesteuer. A. wollte Berufung einlegen, nahm davon aber Abstand, nachdem der Steuerinspektor ihm begründlich gemacht hatte, daß es seinen Zweck habe und er dem Verein nur unnütze Kosten machen würde, denn die Summe müsse bezahlt werden. Damit war die Angelegenheit aber noch nicht erledigt. Zu seinem höchsten Erstaunen erhielt A. sechs Wochen später eine Vorladung vor die Kriminalpolizei, weil er sich eines Vergehens gegen das Lotteriegesetz und einer Steuerhinterziehung schuldig gemacht habe. Die Tombola wurde als eine öffentliche Lotterieveranstaltung betrachtet, zu der eine obrigkeitliche Genehmigung nötig gewesen wäre. Wegen dieses Vergehens und wegen der Hinterziehung von Steuern in Höhe von 41,65 Mark erhielt A. die Anklage. Das Schöffengericht kam aber zu der Freisprechung, weil es unterstellte, daß es sich nicht um eine öffentliche, sondern eine Privatveranstaltung gehandelt habe, da erwiesen war, daß die Karten und Lose nur an Vereinsmitglieder abgegeben worden waren.

Der Prozeß sollte für die Vereinsvorstände eine Warnung sein, sich vorher ganz genau nach den gesetzlichen Bestimmungen zu erkundigen oder aber die Hände davon zu lassen.

Völkertreffen in Weissensee.

Die Parteigenossen von Weissensee hatten unter dem Motto Völkertreffen in Weissensee zu einem großen Volksfest eingeladen. Um 14 Uhr marschierte der Festzug von der Bornholmer Straße zum Schloßrestaurant am See. Die Genossen hatten sich die Aufgabe gestellt, die Singsprüche der Partei durch lebende Gruppen darzustellen. Auf zahlreichen bunt dekorierten Wagen wurden bildliche Darstellungen der Programmpunkte der Partei wie „Die Freiheit führt die Völker“ und „Schutz dem Völkerfrieden“ gezeigt. Eine besonders wirksame Gruppe symbolisierte „Es lebe der Völkerfrieden“. Auf anderen Wagen waren in Originalkostüme gekleidet die Vertreter sämtlicher Völker zu sehen. Zum Ergehen der Kinder fehlte nicht einmal der Neger. Auf der Gartenbühne im Schloßrestaurant marschierten die Völker der ganzen Erde mit ihren Fahnen auf. Deutschland war durch eine Gruppe Reichsbannerkameraden mit einer schwarzsoldatenfahne vertreten. In einer kurzen Ansprache führte Genosse Vempert aus, daß dieses Fest die Form eines Volksfestes habe. Die Arbeiterschaft der ganzen Welt muß untereinander Solidarität üben. Nach der Ansprache begannen die turnerischen Vorführungen und die Vorführungen des Radfahrervereins „Solidarität“, die reichen Beifall fanden. Sehr gute Leistungen zeigten auch die Akrobatengruppen der Arbeiter-sportvereine. Sehr eindrucksvoll war der von den Vertretern der Völker in ihren Originalkostümen veranstaltete Bootstanz auf dem Weissen See. Bis in die späten Abendstunden war jung und alt bei Volksbelustigungen, Spiel und Tanz versammelt. Der Tag war ein schöner und großer Erfolg für unsere Partei.

Kleingärtner Sommerfreuden.

Das Blühen und Grünen in der Natur, die ganze gewaltige Schöpfungsinspiration sommerlicher Reife hält freudig wider in den Herzen all der Menschen, die da draußen vor den Toren der Stadt ihr stilles Grünland bepflanzen. Alles steht jetzt in voller Blüte, Rosen und andere Gartenpflanzen zeigen ihre blühenden Köpfe und Gras und Sträucher begraben unter ihrer wuchernden Fülle fast ganz die kleine Sommerresidenz. Fröhlich sitzt man mit Betonnen im Garten beim Kaffee, Vater geht inspirierend die Beete entlang, puppt da ein Blatt zurecht, hebt dort was vom Wege auf, was nicht hingehört. Der Sonntag ist ja, streng genommen, für ihn da draußen auch wieder ein Arbeitstag. Aber da ist ihm doch ein kleiner Unterschieb, ob es gilt in harter Fron zu schaffen, oder ob man für sich selbst wirkt. Und der schöne warme Sommer — wenn er auch in diesem Jahre noch viel zu wünschen übrig läßt — lohnt einem dann all die Mühen in großartigster Weise. Dann gibt es wirkliche Sonntage, die neue Kraft für die ganze lange, strenge Woche beschicken. Und aus diesem freudigen Dankbarkeitsgefühl heraus erwacht auch das Bedürfnis, all die anderen, die es nicht so schön haben, an diesen Sommerfesten teilhaben zu lassen. So eröffnet man denn auch stets die Sommerfeste da draußen mit einer Reihe von Kinderfesten. Ein solches Kinderfest veranstaltete die Kolonie „Waldesgrund“ in Baumhuldenweg am letzten Sonntag zum Besten von 100 Waisenkindern des Bezirks Treptow. Von morgens bis abends wurden die kleinen Gäste unter der Obhut von

Bezirkshortnerinnen mit leiblichen und spielerischen Genüssen versorgt. Nachmittags gab es dann noch eine Extra-Kaffeezeit im Freien mit lustigen Vorträgen und Tanz — diesmal aber nur für die Kleinen „unter sich“. Nach dem Abendbrot ging es in lustigen Gackelzug wieder heimwärts. Es war während anzusehen, wie all diese kleinen Menschenkinder, denen das Schicksal so wenig Freude bereitet, in den wenigen freien Stunden richtig aufleben. — Auch in der Kolonie „Am Mississippi“, Treptow, Kießholzstraße, feierte man ein fröhliches Sommerfest, verbunden mit einer Ausstellung „Die Schädlinge des Obst- und Gemüsebaues“. Ein Laubentkolonist benützte seine wenigen freistunden für diese kleine Liebhaberei, die gleichzeitig einen nicht zu unterschätzenden Wert für das gärtnerische Wissen der Gartenbesitzer enthält, die ja meist auf dem Gebiete der Gartenkultur wenig oder gar keine Erfahrung besitzen. Man sieht hier die hauptsächlichsten Schädlinge des Gartenbaues, und der Veranstalter hält Vorträge, wie man ihrer Herr werden und die Pflanzen und Bäume von ihren schädigenden Einflüssen bewahren kann.

Mordprozeß Strasser.

Schluß der Beweisaufnahme.

Im Mordprozeß Strasser ist die Beweisaufnahme geschlossen. Ihren Höhepunkt hatte sie mit der sensationellen Belastungsaussage des kleinen Egon gegen seinen Vater erreicht. Es gab aber auch noch hinterher spannende Augenblicke. Da war zum Beispiel der Schwager der verstorbenen Frau Strasser, Daltror. Er konnte von einem Gespräch berichten, in dessen Verlauf Frau Strasser nur einige Tage vor ihrem Tode zu ihm gelangt haben soll: es habe gar keinen Wert noch zu leben, man müsse sich umbringen. Der Zeuge will den Eindruck gehabt haben, als habe Frau Strasser sich geepfert, um dem Manne die Möglichkeit zu geben, durch Erhebung der Versicherungssumme seine finanzielle Lage zu verbessern.

Dann die Hausangestellte Strassers. Eine wichtige Zeugin. Sie war gerade im Vorzimmer beschäftigt, als sie im Schlafzimmer der Eheleute ein Klirren von Waffenschlägen hörte. Sie lief ins Zimmer. Strasser rang hier nach Atem und rief ihr zu: „Schnell zum Arzt!“ Zwei Tage später hatte Strasser ihr gelagt, es sei ein Unglücksfall gewesen. Auch über den Tod des vierzehnjährigen Kurt mußte sie einiges zu erzählen. Sie sollte nicht ins Schlafzimmer, als sie aber doch hineinging, sah sie Kurt mit einer Schußwunde auf Egon's Bett liegen. Strasser weinte und sagte: „Die verfluchte Pistole!“ Uebrigens sei die verstorbene Frau Strasser stets unterwegs gewesen, um Geld zu beschaffen. Belastend scheinen die Aussagen des Zeugen Langfelder, eines Schwagers des Angeklagten. Als der kleine Kurt nach der Sezierung der Leiche der Frau Strasser aus dem Krankenhaus zurückkam, lagte er zum Onkel: „Denkst du, ich verrate meinen Vater? So schlau, wie die sind, bin ich schon lange!“ Man hatte ihn nämlich wegen der Todesursache ausgefragt. Aus Gesprächen anlässlich eines Ferienbesuches der Kinder wollte der Zeuge die feste Ueberzeugung gewonnen haben, daß Strasser der Mörder seiner Frau sei. Er hatte ihn auch den „zweiten Angerstein“ genannt.

Nicht ohne Befang waren die Aussagen der Versicherungsagenten. Der Generalagent Mohr konnte nicht verstehen, daß Strasser seine Kinder versicherte, während er nicht imstande gewesen ist, seine persönliche Versicherungsprämie zu zahlen. Er meinte, daß der Angeklagte durch die Aufrechterhaltung seiner eigenen Versicherung viel besser für die Söhne gesorgt hätte. Der Bezirksleiter der Leipziger Versicherungsanstalt, Arnold, erklärte, daß die Versicherungssumme, die auf Kurt abgeschlossen war in Höhe von 20000 Mark, nicht in die Konkursmasse gefallen wäre, da sie ja auf die nachbleibenden Kinder verfallen war. Aber selbst wenn sie nach dem Absterben Kurts an Egon gefallen wäre, so hätte der Vater sie als Vormund ausgezahlt erhalten. Der Versicherungsagent Christian Diehl wußte von eigenartigen Einbrüchen zu erzählen. Auch hier wurden die Versicherungssummen ausbezahlt. Von Bedeutung war die Aussage der Schwester Alwine Kalle. Sie hat Kurt nach dessen Einlieferung ins Krankenhaus gefragt, wie es gekommen sei. Der Knabe habe zur Antwort gegeben, daß er von seinem Vater den Auftrag gehabt habe, ein Helikopter zu holen; dabei sei der Revolver herausgefallen und losgegangen. Sie kann nicht sagen, ob der Vater schon früher mit dem Jungen gesprochen habe. Sollte dieser Bekundung des Knaben vor seinem Tode Bedeutung beigegeben werden, so würde sie im direkten Gegensatz zu der belastenden Aussage des kleinen Egon stehen. Diese Zeugin, wie auch eine andere Schwester, der Arzt und ein Praktikant wollten sich über die eigentümliche Ruhe des Angeklagten gewundert haben. Dagegen erklärten andere Zeugen, ihn im Krankenhaus weinen gesehen zu haben. Dr. von der Lege bestätigte, daß man im Krankenhaus Vorfälle getroffen hatte, daß der Angeklagte mit dem Sohn nicht allein bliebe. Als eine der letzten Zeugen kam die Schwiegermutter heran, eine 78jährige Frau, die auf ihren Schwiegerhahn nie gut zu sprechen war. Ihre Tochter habe sich oft über ihren Mann beklagt.

Die Gutachten stießen für den Angeklagten unangünstig aus. Der Sachverständige Dr. Bremer bestritt, daß sowohl das Kugel als die Lohse durch den Schuß beschädigt sein können, der Kurt getroffen hatte. Es wurde auch mit aller Bestimmtheit behauptet, daß Frau Strasser nur in liegendem Zustand getroffen worden sein konnte. Der psychiatrische Sachverständige, Prof. Dr. Bohje-Göttingen, hält den Angeklagten zwar für einen willensschwachen Menschen, findet aber keine geistigen Störungen bei ihm. Es sei unwahrscheinlich, daß der Tod der Frau auf einen Unglücksfall zurückzuführen sei. Heute beginnen die Plädoyers, gegen Abend ist das Urteil zu erwarten.

Revision im Mordprozeß Böttcher. Gegen das zweifache Todesurteil des Schwurgerichts III gegen den Arbeiter Karl Böttcher haben die Rechtsanwälte Dr. Mendel und Dr. Artur Brandt auf Verlangen des Verurteilten Revision beim Reichsgericht angemeldet.

Eine Hundertjährige. Der preußische Ministerpräsident Braun hat der Frau Wilhelmine Meizer geb. Gudenow in Rindelbrück anlässlich ihres 100. Geburtstages am 6. Juli 1927 ein Glückwunschschreiben und eine in der Staatlichen Porzellanmanufaktur in Berlin hergestellte Ehrenkrone der preußischen Staatsregierung überreichen lassen.

Funkwinkel.

Der Abend bot ein heroisches Orchesterkonzert. Selmar Meyrowitz dirigierte das Funforchester. Tossy Schiwatawsky war der Solist einiger Violinkompositionen. Seine Technik ist ausnehmend. Der Ton schwingt warm und voll. Ein musikalischer Genuss war Vitalis G-Moll-Galoppe, die Ben Geyzel auf der Orgel begleitete. Das Konzert, das in den Solistennummern neben Vitalis altitalienische Längs und Arien in der Bearbeitung von Respighi und Paganinis D-Dur-Konzert brachte, schloß mit Mendelssohn-Bartholdys amantiger A-Dur-Sinfonie, der „Italienischen“. — Postrat Dr. Stöckler gab in einem launig gehaltenen Vortrag „Der Reisende und die Post“ Ratsschläge, wie man den Postverkehr für die Reisende zweckmäßig regelt. Dr. Wolfgang Pohl leitete seine „sozialpolitische Umrüstung“ fort, in der diesmal besonders die Hinweise auf die neuen Arbeitsgerichte und ihre Zuständigkeit in der Uebergangszeit interessierten. Ueber „die Ereignisse in China in dem Abschnitt unmittelbar vor dem Weltkrieg“ berichtete Prof. Dr. Georg Wegener, Rektor der Handelshochschule Berlin.

Ein Scharfrichter bei der Arbeit.

12 Stunden Todeserwartung, 11 Minuten Todeskampf.

Das Kreisgericht in Kuttentberg, der alten Silberbergwerkstadt Mittelböhmens, verurteilte den mehrfachen Mörder Bazant zum Tode. Justizminister der deutsch-tschechoslowakischen Republik ist der deutsche christlichsozialer Professor Mayer-Harting. Es hat dem Präsident der Republik, dem großen Humanisten Masaryk, nicht vorgeschlagen, sein Begnadigungsrecht zu gebrauchen. Bazant mußte also hingerichtet werden: In der Tschechoslowakei gilt das alte kaiserliche österreichische Strafgesetz noch immer, während Deutschland die Todesstrafe verfassungsmäßig ausgemerzt hat.

Von Prag kam Scharfrichter Wohlschläger mit zwei Gehilfen an, derselbe Wohlschläger, der schon im alten Oesterreich die Verbrenner vom Leben zum Tode befördert hat. Das erste war, daß er seinen Vorwurf von 1000 tschechischen Kronen (125 M.) aus der Gerichtskasse als Anzahlung auf seinen staatlichen Mörderlohn erhielt. Dem Bazant wurde, wie es das Strafnollzugsgesetz befiehlt, das Besondere der Hinrichtung am Abend vorher angeündigt. Freundlich fragte ihm die hohe Gerichtskommission nach seinem Befinden und seinen Wünschen. Er wollte nur seine Mutter wiedersehen, die ist aber krank und konnte nicht mehr kommen. Man stellte Bazant die Henkersmahlzeit hin, ein leckeres Mahl, mit Wein als Zugabe. Er rührte nichts an. Er schrie nur die ganze Nacht hindurch Abschiedsbriefe. Am Morgen kam sein Bruder und brachte ihm die Photographien der Mutter und einer ermordeten Geliebten. Denn Bazant wollte diese Bilder noch im Tode bei sich haben.

Zwei Minuten dauerte die Hinrichtung durch den Strang. Weitere sieben Minuten vergingen, bis der Tod eingetreten war und Herr Wohlschläger dem Kreisgerichtspräsidenten den Vollzug der Todesstrafe melden konnte. . .

Nach dem reichsdeutschen Strafgesetzbuch soll es auch in der deutschen Republik noch weiter möglich sein, Menschen mit kaltem Blute, „vorsätzlich“, „mit Ueberlegung“ von Rechts wegen!

Der Traualtar im Flugzeug.

Man darf ein altes Sprichwort umwandeln und sagen: Flieger, bleib bei deinen Propellern! Selbst wenn du in die heilige Ehe eintrittst, tu' dies im Flugzeug! Zwei höhere Angestellte einer deutschen Flugfirma traten mit ihren Bräuten im Flugzeug vor den Traualtar, der im vorderen Teil mit Holzverkleidungen und weißen Lilien geschmückten Kabine eines Flugzeugs aufgebaut war. Der Altar trug Kreuzfingerringe und brennende Kerzen. Mit den beiden Paaren flogen ein altlicher Pfarrer und 2 Trauzeugen. Das Flugzeug nahm seinen Kurs auf die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche und von hier aus auf die Osterkirche im Norden Berlins. Zwischen diesen beiden Gotteshäusern flog die Maschine hin und her, bis der Pfarrer, der in pollem Ornat seiner Seelsorgerpflicht genüge, die beiden Trauungen vollzogen hatte. Orgelmusik von einem Schallplattenapparat rahmte die Feier an Bord des Flugzeugs ein. Nach etwa halbstündigem Flug landeten die Neuemählten wieder auf dem Tempelhofer Feld.

Run, praktisch ist die neue Methode ohne Zweifel für Brautgarn und Braut! Es kann wenigstens feiner im letzten Augenblick freies und weherufend das Weite suchen.

So, wie die Zeit vergeht! Das alte schöne Lied: Führe mich zum Traualtar! muß von nun an lauten: Flieg mit mir zum Traualtar!

Die Feuerwehr fängt Bienenschwärme.

Kürzlich brachten wir die Mitteilung, daß die Feuerwehr an einem einzigen Tage achtzehnmal alarmiert worden war, um entflohenen Bienenschwärme, die für die Umgebung eine Gefahr bildeten, einzufangen. Dieser Rekord ist nun gestern gebrochen worden. Zwanzigmal wurde im Laufe des gestrigen Tages in verschiedenen Stadtteilen der Reiter gezogen und immer waren Bienenschwärme der Grund des Alarms. Nicht immer war es einfach, die Ausreiter, die sich auf Bäumen, Balkons, Automobilen, Häusernfronten usw. festgesetzt hatten, einzufangen. Einen eigenartigen „Niederlassungsort“ wählte ein Bienenschwarm in der Landsberger Allee. Er hatte es auf den hinteren Teil eines Pferdes, das vor einem Wagen gespannt am Straßenrand stand, abgesehen. Dem Tier mag es ob dieser unerbetenen Einquartierung nicht ganz wohl zumute gewesen sein, aber auch hier erschien sehr schnell der helfende Reiter, die Feuerwehr, und fing den Schwarm ohne Mühe ein. Das Pferd blieb völlig unversehrt. Die eingefangenen Schwärme werden wieder Imkern in der Umgebung Berlins übergeben.

5. Kreis Friedrichshain: Der Verband für Freirententum und Feuerbestattung hat am Freitag, dem 8. Juli, 15^{1/2} Uhr, die Wahlen für den 5. Kreis Friedrichshain im Saalbau Friedrichshain. — Genossen, man will uns von der SPD. über rumpeln, indem man 5 Tage vor der Wahl den SPD-Funktionären der Freirententbewegung Mitteilung von der Wahl gemacht und ihnen auch erst das Material ausgehändigt hat. — Es gilt, den Plan der SPD. zu zerschlagen, indem wir sofort mit der Agitation unter den Mitgliedern des Verbandes für Freirententum und Feuerbestattung beginnen. Der Sieg muß unser sein! Also auf zur Wahl-agitation!

Der deutsche Ozeanflug.

Junkers baut eine besondere Startbahn.

Im Dessauer Flughafen haben die Junkers-Werke mit dem Bau einer betonierten Startbahn begonnen, die ein leichtes Gefälle erhalten und von einer Größe sein wird, wie sie kein anderer deutscher Flugplatz bisher aufzuweisen hat. Man kann in der Schaffung dieser Startanlage die Vorbereitung für den von den Junkers-Werken geplanten Ozeanflug erkennen, der, wie versaut, noch im Laufe dieses Sommers mit einer einmotorigen Junkers-Maschine vom Typ 1, 33 unternommen werden soll. Die außerordentlich hohe Belastung der für ein solches Unternehmen ausserordentlich hohe Belastung der für ein solches Unternehmen notwendig, deren Gefälle dem Flugzeug zu einer erhöhten Anfangsgeschwindigkeit verhelfen soll. Bekanntlich hatte auch der Ozeanflieger Byrd seine dreimotorige Fokker-Maschine von einer beträchtlichen, auf dem Roosevelt-Feld bei New York errichteten Startbahn aufsteigen lassen.

Thea Rascher in Le Bourget.

Paris, 5. Juli. (W.T.B.) Die deutsche Fliegerin Thea Rascher, die heute mittag 12 Uhr 15 Min. in Essen aufgestiegen und über Köln nach Brüssel geflogen war, ist 19 Uhr 45 Min. in Le Bourget gelandet. Auf ihrer Fahrt von Brüssel nach Paris mußte sie in Valenciennes wegen Benzinmangels eine Zwischenlandung vornehmen. Die Fahrt wurde durch heftige Gegenwinde verzögert. Die Fliegerin wurde von dem Kommandanten des Flugplatzes sehr freundlich begrüßt.

Das Flugzeug des amerikanischen Ozeanfliegers Byrd ist per Bahn nach Cherbourg in die Marinewerksstätten zur Reparatur transportiert worden. Der Flieger Byrd wird sich von Paris nach Amsterdam begeben, um mit der Firma Fokker über seinen Südpolflug zu verhandeln. Von dort aus wird er über London direkt nach Amerika zurückkehren.

Sozialdebatte im Reichstag.

Frauenbeschäftigung und Erwerbslosenfürsorge. Opposition erzwingt Vertagung des Knappschaftsgesetzes.

Die Fortsetzung der zweiten Lesung der Arbeitslosenversicherung war der wichtigste Punkt der Tagesordnung des gestrigen Reichstags. Auf dem Plage der in Russland weilenden Abg. Frau Zeitlin (Komm.) steht aus Anlaß ihres 70. Geburtstages ein Strauß dunkelroter Rosen. Präsident Lobe bittet die Freunde der Frau Zeitlin, ihr die Glückwünsche des Reichstags zu übermitteln.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Hoch (Soz.) einen von den Deutschnationalen eingebrachten Antrag zur Aenderung des Reichs-Knappschaftsgesetzes von der Tagesordnung abzusehen. Bei der Abstimmung darüber enthält sich das Zentrum und ein Teil der Volkspartei zunächst der Stimme, so daß das Ergebnis zweifelhaft ist. Im Hammelsprung stimmt das Zentrum mit der Linken, Abg. Leicht (Wagner. Vp.) und 7 andere Abgeordnete über Stimmhaltung. Der Antrag Hoch wird mit 155 gegen 86 Stimmen angenommen. Der Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Beratung der Vorlagen über das Washingtoner Abkommen über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft wird vom Reichsarbeitsminister Dr. Brauns mit einigen Ausführungen eingeleitet. Er weist darauf hin, daß dieses Abkommen den in Betracht kommenden Industriestaaten leider nur geringe Gegenliebe gebracht habe. Dabei sei die Beschäftigung von Frauen und auch von schwangeren Frauen in der Industrie viel größer als vor dem Kriege. Man dürfe in der Fürsorge für das kommende Geschlecht keinen Unterschied machen zwischen Groß- und Kleinbetrieben. Während bisher die Fürsorge sich auf zwei Wochen vor und sechs Wochen nach der Niederkunft erstreckte, soll jetzt die Möglichkeit geschaffen werden, die Zeit vor der Niederkunft auf sechs Wochen auszudehnen.

Die beiden Vorlagen werden ohne Aussprache dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Ein Vormundschafes- und ein Nachschafes kommen mit Desterreich wird ebenfalls angenommen. Bei der nun folgenden Fortsetzung der zweiten Beratung der Arbeitslosenversicherung nimmt das Wort Abg. Aufhäuser (Soz.), dessen Rede wir im Hauptblatt wiedergeben. Nach ihm erklärte Abg. Lambach (Dnat.), daß die Einführung der Arbeitslosenversicherung an Stelle der Erwerbslosenfürsorge eine alte Forderung der Deutschnationalen sei, ebenso die jetzt eingeführte Einteilung in Lohnklassen. Den Deutschnationalen sei auch die klare Formulierung der Bestimmung zu verdanken, daß durch die Arbeitslosenversicherung nicht in Wirtschaftskämpfe eingegriffen werde. Mit der Vorlage werde Neuland betreten. Alle Parteien würden sicherlich bereit sein, später die Mängel abzustellen, die sich in der Praxis herausstellen. Der Redner bedauert, daß die Zulassung von Erbschaften im Ausschuss abgelehnt worden ist. Wenn grundsätzlich auch die Arbeitsvermittlung nicht parteimäßig gegliedert werden sollte, sei doch die Aufrechterhaltung der Arbeitsvermittlung des Berliner Landesverbandes der Deutschnationalen Volkspartei notwendig (!), weil die öffentlichen Arbeitsnachweise in Berlin nicht neutral genug mit den Arbeitnehmern verfahren, die den Gewerkschaften nicht angehören.

Abg. Andee (Z.) nimmt den Abg. Stegerwald gegen die Angriffe des Abg. Aufhäuser in Schutz. Stegerwald habe die Haltung der übrigen Zentrumsvorredner im Ausschuss durchaus gebilligt. Ohne die sozialen Versicherungsträger würde der Stand der deutschen Volksgesundheit weit schlechter sein, ohne sie müßten die Unternehmer auch weit höhere Löhne zahlen. Die Sozialpolitik erteile auch keineswegs den Sparbetrieb in der Bevölkerung, das sei durch die Erfahrung bewiesen! Die Vorlage bringe einen gewaltigen Fortschritt und sie bedeute kaum eine neue Belastung weil schon zur Erwerbslosenfürsorge ähnliche Beiträge gezahlt werden müßten.

Abg. Dr. Moldenhauer (D. Vp.) spricht die Anerkennung seiner Freunde für die musterhafte Arbeit des Ausschusses aus, der die Regierungsvorlage wesentlich verbessert habe. Bei der Errichtung der neuen Reichsanstalt müsse auf frasse Zusammenfassung und auf größte Sparsamkeit in der Verwaltung geachtet werden. Wenn auch die allgemeine Einführung von Erbschaften sehr bedenklich wäre, so sollte man sie doch für die Angestellten zulassen. Die sehr schwierige Frage der Saisonarbeit habe sich in der Vorlage noch nicht lösen lassen, hier werde die Praxis noch nachhelfen müssen. Es müsse verhindert werden, daß der für die unerschuldeten Arbeitslosen notwendige Schutz von Arbeitscheuen ausgenutzt wird.

Abg. Kädel (Komm.) bezeichnet das Gesetz als ein sehr mangelhaftes Nachwerk. Den Arbeitern werde mit diesem Gesetz ein neuer Schwindel vorgemacht.

Abg. Schneider (Dem.) spricht seine Befriedigung darüber aus, daß eine große Zahl der bei der ersten Lesung geäußerten Wünsche im Ausschuss erfüllt worden seien. Mit der Reichsanstalt könne man einverstanden sein, wenn die Zahl der Arbeitsämter nicht zu groß werde. Der gute Ausbau der Versicherung werde selber zerschritten durch die Bestimmung, daß die Beiträge verschiedenartig nach den Bezirken festgelegt werden können. So könne der Zustand eintreten, daß die Arbeiter für gleiche Leistungen ganz verschiedene Beiträge bezahlen müßten. Im Ausschuss habe sogar der Vertreter der Wirtschaftspartei einer Belastung der Wirtschaft über 3 Proz. zugestimmt. In den unteren Klassen werde der Not der Kinderreichen nicht genügend Rechnung getragen. In den oberen Klassen sei die Leistung im Verhältnis zu den Beiträgen zu gering. Die Angestellten seien in der Versicherung den Arbeitern gegenüber benachteiligt.

Abg. Beler (Wirtsch. Vp.) behauptet, daß bei diesem Gesetz das Handwerk mit seinen höheren Löhnen verhältnismäßig stärker belastet werde, als die kartellierte Industrie mit ihren Riesengewinnen. Die Syndikate und Kartelle sollten ihrer Wirtschaftskraft entsprechend stärker zu den Soziallasten herangezogen werden. Es müsse mit der Unsitte aufgeräumt werden, daß die Arbeitsämter arbeitslose Handwerker direkt an Private vermitteln.

Abg. Schirmer-Franken (Wag. Vp.) führt aus, daß bereits vor 35 Jahren in München auf eine Anregung der christlich-sozialen Organisationen hin eine Arbeitslosenvermittlung geschaffen worden sei. Die jetzige Vorlage bedeute eine wesentlichen Fortschritt in der Sozialversicherung.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Stöhr, Frau Hohott (Dnat.) und v. Ramin (Wölk.) wird die allgemeine Aussprache geschlossen.

Um 20 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch 13 Uhr: kleinere Vorlagen, Fortsetzung der Beratung der Arbeitslosenversicherung.

Nacherhebung der Vermögenssteuer.

Die Sozialdemokratie für die Kleinrentner.

Beim Steuerermittlungsgeheim war auf Anregung der Sozialdemokratie beschlossen worden, daß der Mindestertrag der Vermögenssteuer im Jahre 1928 400 Millionen Mark betragen soll. Für den Fall, daß diese Summe nicht erreicht wurde, war die Nacherhebung vorgesehen. Der Stuerauschuss des Reichstags beschloß sich am Dienstag mit einem sozialdemokratischen Antrag, der diese Nacherhebung verlangt. Genosse Dr. Herz machte der Reichsregierung Vorwürfe, daß sie die Nacherhebung bisher noch nicht vorgenommen habe und wies an der Entstehungsgeschichte dieser Bestimmung nach, daß 41 Millionen Kinderzulagen nachzuheben seien, da die Vermögenssteuer im Rechnungsjahr 1926 nur einen Ertrag von 359 Millionen erbracht habe.

Staatssekretär Dr. Poppih bestritt die Berechtigung der Vorwürfe gegen die Reichsregierung, anerkannte jedoch, daß die Voraussetzung für die Nacherhebung von Vermögenssteuer gegeben sei. Die rechtliche Basis müsse jedoch durch ein Gesetz geschaffen werden, das erst vorgelegt werden könne, wenn der Sollbetrag der Vermögenssteuer feststeht. Einigen Regierungsparteien ging diese Erklärung des Reichsfinanzministeriums offensichtlich zu weit. Trotzdem wurde die folgende sozialdemokratische Entschließung angenommen:

„Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Erklärung des Herrn Staatssekretärs Poppih, daß die Reichsregierung entschlossen ist, das im Rechnungsjahr 1928 zu verzeichnende Kinderzulagen an Vermögenssteuer gegenüber dem Etatsanlaß von 400 Millionen Mark einzuziehen und zu diesem Zweck dem Reichstage beim Wiederzusammentritt im Herbst ein Gesetzentwurf vorlegen wird.“

Am Schluß der Sitzung gab es noch eine interessante Geschäftsordnungsdebatte, die erkennen ließ, wie geringes Interesse die Rechtsparteien an ihren eigenen Anträgen zugunsten der Kleinrentner haben. Genosse Keil machte auf die dem Ausschuss überwiesenen Anträge aufmerksam, die die Erhebung einer Sonderabgabe von den Kriegs- und Inflationsgewinnlern zugunsten der verarmten Kleinrentner verlangen, und fragte, wann der Vorsitzende die Beratung derselben anordnen wolle. Vorsitzender Dr. Oberjöhren erwiderte, daß frühestens im Spätherbst der Ausschuss zu dem Beschluß käme, von der Regierung eine Denkschrift zu verlangen. Bis zur Vorlegung dieser Denkschrift würden natürlich wieder Monate vergehen, und auf die Durchführung des ganzen Gedankens wäre in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Nach Abschluß der völlig unbefriedigenden Auswertungsgesetze und nach dem Fehlschlagen der kleinen Aktion des Bürgerblocks zugunsten der Kleinrentner in diesem Frühjahr ist die Kleinrentnerfürsorge aber eine dringliche Aufgabe. Darum muß noch in dieser Tagung zu den Anträgen Stellung genommen werden. Vorsitzender Dr. Oberjöhren schlägt daraufhin vor, ohne Debatte den Beschluß zu fassen, die Regierung um Vorlegung einer Denkschrift zu ersuchen. Diefem Vorschlag schließt sich der Ausschuss an, nachdem Keil erklärt hat, er hätte gewünscht, daß der Ausschuss einen Schritt weitergehe und ohne die Zwischenstation der Denkschrift eine Vorlage von der Regierung fordere. So müßten die Regierungsparteien also erst durch die Sozialdemokratie zur Stellungnahme für ihre eigenen Anträge gezwungen werden.

Aus der Partei.

Jean Boveri, ein Veteran der französischen Partei, früherer Bergarbeiter im mittelfranzösischen Kohlenbezirk Roncou-les-Mines, wo er den örtlichen Bergarbeiterverband ins Leben rief, ist nach längerer Krankheit im 83. Jahre gestorben. Er vertrat viele Jahre hindurch den dortigen Wahlkreis in der Kammer und wurde nach dem Kriege als erster Sozialist zum Senator gewählt. Die Zahl der parteigenösslichen Senatoren ist inzwischen auf 16 gestiegen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Genossinnen und Genossen! Besucht die heutigen Protestkundgebungen gegen den Zollwucher!

3. Kreis Wedding. Arbeiterwahlfahrt: Donnerstag, 7. Juli, 19½ Uhr, im Seidenheim Schönheiderstr. 1. Bezirksversammlungskreis. Kreis. Zeitam. Arbeitergemeinschaft. Vortrag: Erholungsfrist für allgemeinen Ortskrankenkasse. Referent Genosse Kahlert. Alle in der Arbeiterwahlfahrt tätigen Genossinnen und Genossen werden dringend gebeten, bestimmt zu erscheinen.
4. Kreis Kreuzberg. Freitag, 8. Juli, 19½ Uhr, bei Ewald, Ewaldstr. 126. Zusammenkunft Sozialer SPD-Sportler. Erscheinen unbedingt erforderlich. Wichtige Mitteilungen.

Morgen, Donnerstag, 7. Juli:

6. Abt. Die Bezirksleiter holen um 10 Uhr von Tobrohlsw. Seidenweberstraße 11. bestimmt Material ab.
7. Abt. Schönberg. 20 Uhr bei König, Feurigstr. 51. wichtige Funktionär-Tagung.
11. Abt. Lichtenberg. 19½ Uhr bei Schwarz, Sobieski-Platz-Str. 17. Funktionär-Tagung.

Frauenveranstaltungen:

6. Abt. Tempelhof. Karten für die Dampferfahrt am 5. August sind bei der Genossin Krauswald, Ballerin-Kugeln-Str. 14. für Mariendorf bei der Genossin Kothar, Streifstr. 15, zu haben.

Jungsozialisten.

- Gruppe Prenzlauer: Donnerstag, 7. Juli, 20 Uhr, im Jugendheim Ostfeldstraße 14. Mitgliederversammlung.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

- Kreis Wedding. Gruppe Köpenickplatz: Donnerstag, 7. Juli, von 18 bis 20 Uhr spielen auf der Wiese im Schillerpark. Freitag, 8. Juli, von 18 bis 19 Uhr Turnen und Tanzen in der Schul Ruhelplatzstraße.
- Wiktoria. Elternversammlung! Donnerstag, 7. Juli, 19½ Uhr, im Seidenheim Schönheiderstr. 1. Alle Eltern werden gebeten, bestimmt zu erscheinen.

Esterdetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

12. Abt. Unter Genosse Fritz Steffen, Wittthoder Str. 7, ist plötzlich am 3. Juli verstorben. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Einsegnung heute, Mittwoch, 6. Juli, 19½ Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße. Wir bitten um recht ergo Beteiligung.
14. Abt. Mariendorf. Unter Genossin Beinerl, Streifstr. 15, ist verstorben. Ihre letzten Andenken. Einsegnung heute, Mittwoch, 6. Juli, 17 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg. Wir bitten um recht zahlreiche Beteiligung.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Heute, Mittwoch, Ausgabe des „Jugend voran“ und der „Arbeiterjugend“ sowie Abrechnung der Beiträge von 17 bis 19 Uhr. Die Bücherkiste ist heute von 17 bis 19 Uhr geöffnet.

Abteilungsmitgliederversammlungen Mittwoch, 19½ Uhr.

- Wedding: Beim Turiner, Eck Weststr. — Hummerplatz: Beim Oberwalder Str. 16, Zimmer 11. — Ankerspitz: Beim Am Othobahnhof 17. — Galtensplatz: Beim Alster Str. 4-5. — Preussburger Viertel: Beim Oberstraße 12. — Westen 11: Beim Bülowstr. 88. — Spandau: Beim Lindenauer 1. — Tempelhof: Beim Tempelhof, Germaniastr. 4-6. — Falkenberg: Beim Am Falkenberg 117. — Reichshagen: Beim Friedrichstr. 67. — Friedrichshagen: Beim Schloß, Ecke Berliner Straße. — Kreuzberg: Beim Fein-Adler-Str. — Köpenick: Beim Barlow 10. — Lichtenberg-West: Beim Schönheiderstr. 29.



Der Stolz der Berliner ist der Kreuzberg mit seinen Anlagen. Tausende finden dort Erholung in Begleitung ihrer unentbehrlichen

Josetti Juno
Berlins meistgerauchter 4.8 Cigarette

Der Großvater und die Läuse.

Von Aulin Speer.

Jetzt will ich eine kuriose Geschichte von meinem Großvater erzählen, in der ich selbst eine höchst unrühmliche Rolle spielte. Als mein selbiger Großvater in jenes Alter gekommen war, das man das ehrwürdige zu nennen pflegt, wurde er ein gar sonderbarer Herr. Mit dem gemächlichen Titel „Privatier“ ins Austragstückerl des Daseins eingezogen, fand er Ruhe, auf die merkwürdigsten Schrollen zu verfallen, wozu ihm früher ein arbeitsreiches Leben nicht Zeit gelassen hatte. Seine guten Eigenschaften: seine Ordnungsliebe und Pünktlichkeit, sein Reinlichkeitsförm und seine Regsamkeit, wandelten sich nun zu Fanatismen, die er als Fuchtel über seinen Hausgenossen und nicht zuletzt über uns Kindern schwang. Täglich zweimal ging er an die „gute Luft“, worunter er die Gartenanlagen der Stadt verstand, und da erlebte er stets ein Abenteuer, das immer wieder zu erzählen er nicht müde wurde. Einmal bespitzte ihn ein Straßenschleicher mit Rot, ein andermal hatte er mit einem schnellfahrenden Kutscher eine erregte Auseinandersetzung und wieder ein andermal wurde ihm seine Brieftasche gestohlen, von der sich später herausstellte, daß er sie von zu Hause gar nicht mitgenommen hatte. Die kuriosste Geschichte aber — eben jene, welche ich erzählen will — ist folgende:

Eines Tages lehrte Großvater früher als gewöhnlich von der guten Luft zurück. Sein Gesicht war von Erregung gerötet, seine Augen schossen Entrüstungsblicke und seinen Hut, einen schönen grauen Halbzylinder, trug er mit ausgestrecktem Arme vor sich her, geradewegs in die Küche, wo er ihn durch das Ofenloch ins Feuer warf. Wir wußten gleich, daß ihm wieder etwas zugefallen war, und es dauerte nicht lange, so begann er zu erzählen. „Jetzt wird einem schon die gute Luft verleidet“, hub er an. „Man kann nicht mehr in öffentlichen Gartenanlagen Platz nehmen, ohne sich ersten Gefahren aussetzen.“ — „Ja, was ist denn geschehen, Großvater?“ — „Geschichten? Dumme Frage! Weiß ich's, ob etwas geschehen ist? Das wird sich erst herausstellen, wird sich erst... Also denkt euch, ich sehe mich da in die schöne Anlage beim Schillerdenkmal und nehme meine Zeitung vor, um einmal ordentlich die Börse zu studieren. (Großvater war Großkaufmann gewesen.) Eben denke ich mir, was das jetzt für Zeiten sind, wo die Papiere, ehe man sich ihren Kurs gemerkt hat, schon wieder anders stehen, da kommt ein Mann und setzt sich neben mich auf die Bank. Erst beim Umblättern bemerke ich, daß es ein recht verwahrloster Kerl ist, der noch dazu die Frechheit besitzt, seinen schäbigen Filz auf meinen schönen Hut zu legen. Ich ziehe also meinen schönen Hut unter seinem schäbigen Filz hervor und lege ihn auf die andere Seite. Der Mann raucht ein Schieferzigarren und läßt sich die Sonne in die Stiefelsohlen scheinen. Da kriecht aus seinem Kragen — seht euch nieder, sonst fällt ihr um — da kriecht aus seinem Kragen... na, was denkt ihr?“ Wir erklärten uns außerstande, es zu denken. „Eine Maus!“ brüllte der Großvater, „eine lebendige Maus, so groß wie ein Ochse, die wie ein Schwein, mit sechs Beinen, fröhlich, kriecht sie aus seinem Kragen. Ich habe es durch meine Brillen gesehen. Der Mann spürt es, greift hin, nimmt die Maus mit den Fingern der rechten Hand, sagt: „Bist du es, oder bist du es nicht?“, schaut sie an, sagt: „A ja, du bist es!“ und zerhaut sie auf der Bank. Dann wendet er sich, während ich starr vor Schreck dasitze, zu mir und meint: „Das kommt vom Nachtschlaf, dort erwacht man diese Biesterei. Wenn ich einen Gulden haben täte, müßte ich mir eine Salbe kaufen. Hat der Herr vielleicht einen Gulden?“ — Na, was sagt ihr dazu?“

Vater und Mutter versuchten den Großvater vergeblich zu beruhigen; wir Kinder hingegen, mein kleiner Bruder und ich, fanden das Abenteuer und besonders den Mann aus dem Nachtschlaf, der mit den Läusen auf Du und Du steht, so bemerkenswert, daß uns der Großvater alles der Reihe nach mit größter Genauigkeit nochmals erzählen mußte. Raun war das Geschehen, begann es ihn auch schon zu beissen. Er rannte, helle Verzweiflung in den Augen, in sein Zimmer, fragte sich da und dort, rief nach heißem Badewasser, frischer Wäsche und Petroleum, das, wie er versicherte, das einzige Mittel gegen Läuse sei, die er, wie außer Zweifel stand, von jenem Mann aus dem Nachtschlaf sich geholt hatte.

Nach einer Stunde erschien er wieder, gebadet und neu gekleidet, den Kopf mit Petroleum eingeschmiert und mit einem großen Tuch verbunden. Er sah aus wie Ali Baba aus Tausend und eine Nacht. „Daß mir in meinem Alter doch gar nichts erspart bleibt!“ schämte er verbittert. „Nun hab' ich Läuse und ihr müßt euch eures alten Großvaters schämen. Schämt ihr euch?“ Wir sagten, daß wir uns nicht schämten, weil er ja nichts dafür konnte, und zählten alle Fälle ungeschicklicher Verlautung auf, die uns bisher zu Ohren gekommen waren.

Nun holte er aus Vaters Bücherschrank den Lexikonband L bis 174 heraus, trug ihn zum Fensterhischen, fingerte eine Weile darin herum und las dann vor: *Läuse* (Pediculidae), Familie aus der Ordnung der Halbfüßler. Sehr kleine, flügellose Tiere mit weicher Körperbedeckung, keinem Thorax, großem, ovalem Hinterleib, lebendigen Fühlern, kleinen, einfachen Augen, zweigliedrigem Larven mit großem, hakenförmigem Endglied und heroorstülpendem fleischigem Saugrüssel, dessen Vorderende von Häkchenreihen eingefast werden. Kopf laus (Pediculus capitis) de Geer, sechs Tafel „Halbfüßler“ (Fig. 18), bis 2 Millimeter lang, ist graugelb, an den Rändern der Hinterleibsringe dunkler, lebt nur auf dem Kopf des Menschen, besonders verwahrloster Kinder. Die Nachkommenschaft eines Weibchens kann bis fünfzig Stück betragen.“

Den Großvater schauerte. Wir Kinder standen dabei und hörten zu. Wir hatten bisher keinen rechten Begriff von der Laus gehabt und erst Großvaters Abenteuer half unsere zoologischen Kenntnisse erweitern. Mein kleiner Bruder ging gleich hin und zeichnete eine Zeichnung mit sechs Beinen und einem säckelartigen Saugrüssel auf ein Blatt Papier und fragte den Großvater, ob eine Laus so aussähe. Das alles war nicht geeignet, den alten Herrn zu beruhigen. Er bildete sich ein, Läuse zu haben und hielt daran mit ganzem Erreifenstarrsinn fest.

Später rief er uns heran. „Es beißt mich schrecklich“, logte er, „wollt ihr nicht einmal auf meinem Kopfe nachsehen? Wer eine Laus findet, bekommt einen Gulden!“ Was tun zwei so Räuberknaben, wie wir es waren, nicht alles für einen Gulden! Wir erklärten uns sofort einverstanden und begannen, nachdem Großvater den Turban abgebunden hatte, ein peinliches Räufesuchen. Aber es ward keine Laus gefunden und kein Gulden verdient. —

(Schluß folgt.)

Termite und Uebermensch.

Von Maurice Maeterlinck.

Maurice Maeterlinck, der mit seinem „Leben der Bienen“ ein klassisches Werk naturwissenschaftlicher Gedankens, bringt in seinem neuen Werk „Das Leben der Termiten“, das Leben in der Ueberlegung von Räte und bei der Veranschaulichung in Stuttgart erscheint, noch tiefer ein in die Geheimnisse der Natur. Wie der Dichter von diesen phantastischen Wesen die Brücke schlägt zu unserer Welt und ihrer Zukunft, zeigt die philosophische Betrachtung, die wir hier wiedergeben.

Wissen wir überhaupt, was die Termiten erfunden haben? Ohne noch einmal in Bewunderung zu geraten über ihre kolossalen Bauten, ihre wirtschaftliche und soziale Organisation, ihre Arbeitsverteilung, ihre Kasten, ihre Politik, die von der Monarchie bis zur dieglamsten Oligarchie führt, ihre Verproviantierungsmethoden, ihre Chemie, ihre technischen Einrichtungen, ihre Heizung, ihre Kunst, das Wasser wiederherzustellen, ihre Vielgestaltigkeit, wollen wir uns nur fragen, da sie uns ja um mehrere Millionen Jahre

Hübsch mannigfaltig!

„Wir wollen in der Regierung keine Uniformität, sondern eine Mannigfaltigkeit der Meinungen!“ Reichsernährungsminister Schiele.



CURTIVS SCHIELE

Wenn der Curtius mit dem Schiele
In die Haare sich gerät,
Sagt der Schiele, ihm mißfiel
Ode Uniformität.

„Gerne“, spricht er, „unterhalt' ich
Mit Herrn Curtius mich zu zwei'n:
Vielgestaltig, mannigfaltig
Muß die Reichsregierung sein.“

Kommt's dabei zum Streite, prägt sich
Aus nur die Persönlichkeit,
Rechtsblock schlägt sich, Block vertritt sich
Dafür dann auch ein'ge Zeit.

Mancher kriegt sich (wie beim Jolle
Es geschähe dem Kabinett)
Mit die Ode in die Wolle —
Und geht doch mit ihr zu Bett!“

Nich. von Lindenheiden.

voraus sind, ob sie nicht durch Prüfungen hindurch müßten, die auch uns wahrscheinlich noch bevorstehen. Wissen wir denn, ob nicht der Sturz der Temperatur in den geologischen Zeitaltern, zur Zeit, da sie nach Nordamerika bewohnten — denn man findet ja ihre Spuren in Deutschland, England und der Schweiz —, sie dazu gezwungen hat, sich einer unterirdischen Existenz anzupassen, die noch und noch zur Veräumerung ihrer Augen, zu der entsetzlichen Blindheit der meisten von ihnen geführt hat? Erwartet uns nicht die gleiche Prüfung in einigen Jahrtausenden, wenn wir uns in den Schoß der Erde werden schlüpfen müssen, um dort nach einem Rest von Wärme zu suchen; und wer sagt uns, daß wir diese Prüfungen ebenso erfindlich, ebenso siegreich bestehen werden wie sie? Wissen wir, wie sie sich untereinander verstehen und verständigen? Wissen wir, nach welchen Experimenten, nach welchen tastenden Versuchen sie zu der zweifachen Verdauung der Zellulose gelangt sind? Wissen wir, was diese Art Gesamtgesellschaft, Gesamtunterirdlichkeit ist, der sie unerhörte Opfer bringen und sie auf diese Weise zu genießen scheinen, die wir nicht einmal fassen können? Wissen wir endlich, wie sie zu der märchenhaften Vielgestaltigkeit gelangt sind, die es ihnen ermöglicht, je nach den Bedürfnissen der Gemeinschaft fünf oder sechs verschiedene Individuen zu erschaffen, daß sie nicht derselben Gattung angehören scheinen. Dringt diese Erfindung nicht tiefer in die Geheimnisse der Natur ein als die Erfindung des Telefons oder der drahtlosen Telegraphie? Ist dies nicht ein entscheidender Schritt vorwärts auf dem Weg zu Mythen der Zeugung und der Schöpfung? Wie weit sind wir in dieser Frage, die die eigentliche Lebensfrage ist? Nicht nur ist es uns verlagert, nach unserem Willen ein männliches oder weibliches Geschöpf zu zeugen, sein Geschlecht bleibt uns sogar bis zu seiner Geburt völlig unbekannt. Wüßten wir, was diese unglückseligen Insekten wissen, so könnten wir nach unserem Belieben Athleten, Helden, Arbeiter, Denker hervorbringen, die, schon vor ihrer Empfängnis aufs äußerste spezialisiert und im wahren Sinne des Wortes vorausbestimmt, mit unseren Athleten, Helden, Arbeitern, Denkern nicht mehr zu vergleichen wären. Warum sollte es uns nicht eines Tages gelingen, das Gehirn, unser spezifisches Organ, unsere einzige Wesenheit in dieser Welt, hypertrophisch zu vergrößern, ebenso wie sie es mit den Kisten ihrer Soldaten und dem Eierstock ihrer Königinnen gemacht haben? Hier liegt ein Problem, das nicht unlösbar sein kann. Wissen wir, was ein Mann leisten würde, der nur zehnmal intelligenter wäre als der intelligenteste von uns, zum Beispiel ein Gehirnlich verzechnachter Pascal oder Newton? In wenigen Stunden würde er auf

allen Gebieten unseres Wissens Etappen zurücklegen, die zu durchschreiten wir wahrscheinlich Jahrhunderte brauchen werden; und nach Zurücklegung dieser Etappen begänne er vielleicht zu begreifen, warum wir leben, wozu wir auf dieser Erde sind, warum so viel Anstrengungen vergangener Ewigkeiten nur zu dem geführt haben, was wir sehen, das heißt zu einem namenlosen und hoffnungslosen Elend. Im Augenblick kann kein Mensch auf der Welt auf diese Fragen eine Antwort geben, die nicht leerer Hohn wäre.

Vielleicht würde er, ebenso gewiß wie Amerika entdeckt worden ist, ein Leben auf einer anderen Bewußtseinsebene entdecken, jenes Leben, nach dem die Sehnsucht uns im Blute liegt und das uns alle Religionen versprochen haben, ohne uns auch nur den Beginn eines Beweises für seine Existenz erbringen zu können. So schwach auch unser Gehirn jetzt ist, so fühlen wir uns doch zuweilen an Rand der tiefen Abgründe der Erkenntnis. Ein kleiner Anstoß würde genügen, uns hineinzuwerfen. Wer weiß, ob die Menschheit nicht in den eifigen finsternen Jahrhunderten, die sie bedrohen, einer solchen Hypertrophie ihr Heil oder wenigstens einen Aufschub ihres Todesurteils verdanken wird?

Aber wer bürgt uns dafür, daß nicht ein so gearteter Mensch in irgendeiner Welt der vergangenen Ewigkeit gelebt hat? Und vielleicht ein Mensch, der nicht zehnmal, sondern hunderttausendmal intelligenter war? Es gibt keine Grenzen für die Ausdehnung des Körpers, warum sollte es welche für die Ausdehnung des Geistes geben? Warum sollte das nicht möglich sein, und wenn es möglich ist, könnte man dann nicht darauf wetten, daß es schon einmal gewesen ist, und wenn es gewesen ist, wie ist es dann zu begreifen, daß keine Spur davon zurückblieb? Und bliebe keine Spur davon übrig, warum noch etwas erhoffen, oder warum hätte dasjenige, was nicht war und nicht hat sein können, irgendwelche Aussicht jemals zu sein?

Wie der „Baedeker“ entsteht.

Die durch ihre Reisehandbücher weltbekannte Firma Karl Baedeker in Leipzig feiert jetzt ihren 100. Geburtstag. Der Name des Begründers dieses Verlages ist aufs innigste mit dem Aufschwung des Reiseverkehrs verknüpft, denn er war es, der nach Jahrhunderte langen Bemühungen als erster den Reisenden einen zuverlässigen gedruckten Führer in die Hand gab.

Wie wir aus einem Jubiläumsaufsatz des Buchhändler-Bärenblattes erfahren, sind die ersten dieser Handbücher von Karl Baedeker selbst verfaßt worden. Mit Fleiß und Sorgfalt führte er seine Aufgabe durch und hat sich seine Kenntnisse zum größten Teil selbst „erwandert“. Seine Arbeitsweise geht aus den zahlreichen Reisebüchern hervor, die er auf seinen alljährlichen Reisen führte. Für sein letztes Werk „Paris und Umgebung“ machte er z. B. am 14. April 1854 und am folgenden Tage seitenlange Eintragungen, indem er 13 1/2 Stunden lang auf dem Pariser Friedhof Père Lachaise die genaue Lage von Gräbern berühmter Männer bestimmte. Sein Sohn Fritz Baedeker, der 1925 gestorben ist, leitete seine Arbeitsweise fort. Von einem großen Stab von wissenschaftlichen Mitarbeitern unterstützt, unter denen sich Gelehrte ersten Ranges, wie die Geographen Schweinfurth, Kiepert, Rappell, Barth, die Archäologen Dörpfeld, Hülsen, Heibig, Amelung, die Kunsthistoriker Springer und Justiz befannten, führte er die bis ins kleinste gehende Redaktionsarbeit selbst durch. Als Beispiel seiner Tätigkeit wird eine Aufzeichnung über das Zustandekommen des Baedekers für Spanien angeführt. „Das erste Manuskript“, schreibt er, „ließerte der durch seine normwegischen und schwedischen Reisebeschreibungen, auch durch eine spanische Reisebeschreibung bekannte Ludwig Passarge. Dieses Manuskript wurde nach redaktioneller Durchsicht durch mich gefestigt und mit diesem gedruckten Manuskript bereitete ein langjähriger kunsthistorischer Mitarbeiter, Dr. Propping, das Land abermals und berichtigte es nach seinen Erfahrungen, in kunsthistorischer Hinsicht auf Grund der Ueberflucht der spanischen Kunst, die der Verlag von Prof. Carl Justi erhalten hatte. Den Artikel „Madrid“ bearbeitete A. Dressel, der langjährige Sekretär der Deutschen Botschaft in Madrid, zweimal im Laufe der Jahre neu. Die Beschreibung und Würdigung der Gemäldesammlung in Prado hatte den bekannten Kunstkritiker Wilhelm Bode zum Verfasser. Dann gingen die Korrekturabzüge an eine Anzahl in Spanien und Portugal ansässiger Deutschler zur Durchsicht. Da mir die Darstellung immer noch zu breit war, ich auch bei der Vergleichung des Textes mit den Karten und Plänen vielerlei zu ändern fand, so arbeitete ich den Text nochmals durch, wobei ich, ohne meines Erachtens Wesentliches wegzulassen, an drei Bogen herausredigierte.“

Ein Wiener Polizeibericht über Richard Wagner.

Wie Richard Wagner während der Zeit seiner Verbannung auch außerhalb Deutschlands beobachtet wurde und wie seine künstlerische Bedeutung von Polizeifunktionen gewertet wurde, geht aus folgendem Bericht hervor, den die Wiener Polizei unter ihren „Vertraulichen Mitteilungen“ am 23. März 1854 verbreitete und der in dem soeben erschienenen Werk „Richard Wagners Verbannung und Rückkehr 1849—1862“ von Woldegar Lippert (Paul Treys Verlag, Dresden) veröffentlicht wird.

„Ueber Richard Wagner zirkulierten wieder sonderbare Gerüchte. Er lebt in Zürich nicht nur im luxuriösesten Glanze, sondern kauft auch die werthvollsten Dinge, wie goldene Uhren etc., zu enormen Preisen. Seine Wohnung ist mit den schönsten Möbeln, Teppichen, seidenen Vorhängen und Kronleuchtern dekoriert, was die einfachen Republikaner in bedenkliches Staunen und Reueverle versetzt, so daß man sich veranlaßt gesehen, überall nachzufragen, woher dieser Mann, der so arm nach Zürich kam, es nehme. Er selbst streut aus, daß er soviel für die Aufführung seiner Opern aus Deutschland beziehe. Nach den genauesten Erkundigungen ist dies aber nicht wahr. Die wenigen Theater, welche seine Opern aufführen dürfen, zahlen ihm nichts. Auch seine Schriftstellerkollegen bringen nichts ein, weil er meistens nur 50—100 Exemplare auf eigene Kosten drucken läßt. In Zürich bezieht er für seine Aufführung nicht nur nichts, sondern bringt noch Opfer, um die Teilnahme in Schwung zu erhalten. Man vermutet daher mit großer Wahrscheinlichkeit, daß er von irgend einem fürstlichen Hause Deutschlands im Geheimen unterstützt werde, was aber umso mehr in Erstaunen setzt, als es von ihm nicht nur bekannt ist, daß er in der Dresdner Revolution die ganze Theatergarderobe in Brand gesteckt hat, sondern, daß er auch jetzt noch in Wort und Schrift eine revolutionäre Wirkung durch die Kunst einzuleiten sucht, und zu diesem Ende mit allen diesen literarisch-künstlerischen Größen der Propaganda in Verbindung steht. Der Glaube an seine Kunst der Zukunft ist bedeutend im Sinken. Man überzeugt sich immer mehr, daß seine Sache nur den Wert einer glänzenden Instrumentation, aber weder Seele, noch Melodie habe. Was von letzterer darin gefunden werde, habe er gestohlen.“

Die größte Blume der Welt. Die größte Blume, die man kennt, wird auf den Philippinen gefunden; sie wächst dort an den Abhängen des Vulkans Apo. Die Eingeborenen, die dieser Blume eine besondere Verehrung entgegenbringen, nennen sie Bo-O. Sie wächst in einer Höhe von 800 Metern über dem Meerespiegel und verdankt ihre Entwicklung wohl der Nähe des Vulkans. Ihre Anspitzen gleichen einem großen Blumentopf, und wenn sie aufblüht, haben sie einen Durchmesser von einem Meter. Die Blume wiegt ungefähr zehn Kilogramm. Nach dem englischen Gouverneur Stamford Raffleson wird sie Rafflesia genannt.

Löhne und Zollabbau.

Bindung der Löhne? — Die Arbeit des Reichswirtschaftsrats.

Morgen wird der Reichswirtschaftsrat zusammen treten, um auf Wunsch der Reichsregierung sich gutachtlich zu äußern. Er soll sowohl zu der in dem Schlussbericht der Weltwirtschaftskonferenz zum Ausdruck gebrachten theoretischen Meinungen wie zu ihren praktischen Vorschlägen zum Abbau der Handelszölle Stellung nehmen. Im Vordergrund soll dabei nach den Ankündigungen der Regierung die Frage des industriellen Zollabbaus stehen. So soll der Reichswirtschaftsrat prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen nach nicht ermäßigte deutsche Zollsätze alsbald sich herabsetzen lassen. Es scheint nicht, als ob dem Reichswirtschaftsrat verboten werden soll, auch zu einzelnen oder zur Gesamtheit der Agrarzölle erneut Stellung zu nehmen; und es ist zu hoffen, daß er es als seine Aufgabe ansieht, auch Vorschläge zu machen, wie durch den Abbau der Zölle auf Getreide die Parität innerhalb der Landwirtschaft in Zollfragen hergestellt werden kann.

Zollabbau als Forderung der Unternehmer. — Die Kosten zählt der Arbeiter.

In Genf hat man sich im Anschluß an die wiederholten Empfehlungen der Internationalen Handelskammer für einen allgemeinen Zollabbau ausgesprochen. Wer ist dieser „man“? Niemand anders als die Unternehmerorganisationen aller der Staaten, die dort vertreten waren. Der Reichswirtschaftsrat soll also Stellung nehmen zu den Vorschlägen, die die Unternehmer fast der ganzen Welt einschließlich der Vertreter der deutschen Unternehmerschaft für die Sanierung der Weltwirtschaft gemacht haben, und man sollte annehmen, daß die Richtung dieses Gutachtens klar ist, da ja die Arbeitererschaft wiederholt ihren Willen zum Zollabbau deutlich zu erkennen gegeben hat.

Was aber die Spitzenorganisationen der Unternehmer wollen, findet nicht immer die Billigung der Fachverbände derselben Unternehmer. So hat bisher nur ein einziger großer Industriellenverein, der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, sich mit dem Ziele des Zollabbaus einverstanden erklärt. Aus der Textilindustrie im allgemeinen, aus der Autoindustrie im besonderen, aus der Schuhindustrie und von anderen Stellen hat sich dagegen bereits lebhafter Widerspruch und sogar der Wunsch nach Zollerhöhung gezeigt. In vielen Betrieben hat aber der Zollabbau schon vorausgewirkt. Die Unternehmer erklärten, sie seien ja gern bereit, höhere Löhne zu zahlen; wenn aber der Zollabbau wirklich durchgeführt werde, so seien sie dann nicht mehr in der Lage dazu; darum täten sie es nicht.

Der Zusammenhang von Zoll- und Lohnniveau.

Diese Vorkommnisse geben Veranlassung, die Frage des Zusammenhanges von Lohnniveau und Zollniveau zu klären. Man hat wiederholt versucht, die Selbstkosten eines Wirtschaftszweiges festzustellen. Dabei hat sich immer wieder typisch das folgende Bild ergeben: Innerhalb eines Wirtschaftszweiges weisen die verschiedenen Betriebe normalerweise ganz verschiedene Kosten auf. Nur wenige Betriebe zeigen ein Kostenniveau, bei dem der gezahlte Lohn seinen Gewinn mehr läßt. Die meisten Betriebe haben Kostenverhältnisse, die ihnen einen Gewinn lassen und ihnen an sich die Auszahlung eines höheren Lohnes ermöglichen. Da aber die Tarifverträge auf die schwächsten Betriebe Rücksicht nehmen müssen, so ergibt sich, daß die meisten Betriebe tatsächlich niedrigere Löhne zahlen, als sie zahlen könnten. Die Betriebe, die unrationell und teuer produzieren, drücken also auf den Lohn auch der Arbeiter, die in Betrieben arbeiten, in denen die Ergiebigkeit ihrer Arbeit weit größer ist als in den unrationellen Betrieben.

Der unrationelle Betrieb lebt von seinem Zollschutz. Nimmt man ihm diesen Zollschutz, so wird er entweder stillgelegt werden müssen oder seine jetzigen Besitzer werden ihre eigenen Kapital- und Gewinnansprüche ermäßigen müssen, um neues Kapital heranzuziehen, mit dessen Hilfe dann eine Betriebsumstellung durchgeführt werden muß. Das nennt man im allgemeinen eine Sanierung. Für die übrigen Betriebe bedeutet der Zoll eine Gewinnquelle, von der ihre Arbeiter keinen Nutzen ziehen, weil sich ihr Lohn nach dem Lohn der Arbeiter der unrationellen Betriebe bestimmt. Wird der Zoll ermäßigt, so droht dem unrationellen Betrieb Sanierung oder Stilllegung. Der rationale Betrieb sieht zwar zunächst eine Verringerung seines Gewinns. Diese Verringerung des Gewinns wird aber durch zwei Momente ausgeglichen. Zunächst fallen ihm die Aufträge zu, die bisher der unrationelle Betrieb erhielt. Dadurch erzielt er eine bessere Ausnutzung seines Produktionsapparates. Zweitens führt die Preisentkung, die eine Folge des Zollabbaus ist, zu einer Absatzausdehnung und damit zu noch mäßiger Produktionsvermehrung mit ihren kosten senkenden Folgen.

Zollabbau ist nur eine andere Form der Rationalisierung.

Zollentkung führt also nicht nur zu einer Preisentkung, mit der eine Gewinnentkung automatisch verbunden scheint, sondern gleichzeitig zu einer Ausschaltung unrationeller Betriebe und zur Kostenentkung in rationalen Betrieben; diese steigert sich nach dadurch, daß die Preisentkung ebenfalls zu einer Erweiterung des Marktes führt. Das ist keineswegs etwa reine Theorie. Betrachtet man die Entwicklung der deutschen Automobilindustrie in den letzten Jahren, die im Zeichen eines stetigen Abbaus der Automobilzölle stand, so steht man erstens eine ständige Verringerung in der Zahl der Betriebe und zweitens eine ständige Ausdehnung von Produktion und Absatz. In keinem der Betriebe sind aber unseres Wissens die Löhne des wiederholten Zollabbaus willen gesenkt worden. Das gleiche gilt für die deutsche Kunstseidenindustrie, die trotz eingetretener Zollentkung Produktion und Absatz ausdehnen konnte. Nicht eine einzige Industrie ist infolge der Verringerung ihres Zollschutzes zum Lohnabbau gezwungen, und keine ist durch den Zollabbau zum Erliegen gekommen.

Er macht auch zur Zahlung höherer Löhne fähig . . .

Im Gegenteil; der Zollabbau, der in bescheidenem Umfang seit dem Inkrafttreten der sogenannten keinen Zolltarifnovelle von

1925 eingetreten ist, hat die Aufwärtsbewegung der Löhne nicht gehindert, die nur zum Ruhen der Industrie war. Der Zollabbau hat eine doppelte Wirkung auf die Löhne. Zunächst führt er zu Preisentkungen und auf dem Wege über Preisentkungen zu einer Erhöhung der Reallohne. Dann aber schaltet er in zunehmendem Maße die unrationellen Betriebe aus. Das führt zunächst für eine geringe Zahl von Arbeitern zur Arbeitslosigkeit; es ermöglicht aber den anderen, für sich höhere Löhne zu erreichen, weil die Rücksicht auf die schwachen Betriebe fortgefallen ist. Darüber hinaus fällt der unwirtschaftliche, hohe Kapitalbedarf der unrationellen Betriebe fort, und für rationale Betriebe wird relativ mehr und billigeres Kapital zur Verfügung stehen als bisher. Die Rationalisierung, die Kapital erfordert, kann deshalb raschere Fortschritte machen, die ebenfalls eine Steigerung der Löhne ermöglichen.

. . . und gibt zunächst freigesetzten Kräften wieder Arbeit.

Auf diesem Wege der Rationalisierung kommen auch die Arbeiter der stillgelegten Betriebe wieder in Arbeit. Daß das auch keine bloße Theorie ist, das zeigen die sinkenden Arbeitslosenziffern der letzten Monate, die dem Zwang zur Rationalisierung gefolgt sind. Die Zollentkung ist nur ein neuer Weg der Rationalisierung, wie das die Unternehmer in Genf ganz richtig gesehen und auch gesagt haben, nur jetzt für die Löhne nicht wahr haben wollen. Darum wird die Zollentkung auch für die Dauer ebenso wenig wie die anderen Methoden der Rationalisierung zu Arbeitslosigkeit führen. Aus demselben Grunde brauchen auch Zollentkungen nicht zu Lohnentkungen zu führen, sondern werden im Gesamtergebnis Erhöhungen der Reallohn- und der Reallohne zur Folge haben.

Die Unternehmer, die jetzt versuchen, ihre Arbeiter gegen den Zollabbau zu stimmen, sind schlechte Ratgeber, und wir hoffen, daß keiner von ihnen den Versuch machen wird, auch im Reichswirtschaftsrat die falsche Auffassung zu vertreten, Zoll- und Lohn ständen in einem anderen Zusammenhang als Rationalisierung und Lohn. Der Zollabbau ist nur die notwendige Ergänzung der privatwirtschaftlichen Rationalisierung. Je weiter er geht, um so deutlicher wird sich zeigen, wie stark die Ergiebigkeit der deutschen Volkswirtschaft durch die Revision der Zollpolitik von 1925 gehoben werden kann.

Es eilt nicht mit dem Zollabbau!

Wie peinlich den Industriellen die eigene Genfer Parole vom Zollabbau ist, zeigt die Erklärung, die über die Verhandlungen zwischen den in Berlin noch tagenden Vertretern der britischen und der deutschen Industrie jetzt ausgegeben wurde. Unter den Forderungen, die im Namen der beiden Industrien ihren Regierungen vorgelegt werden sollen, wird der Abbau der Zölle nicht genannt. Charakteristischweise werden als diejenigen Gebiete, auf denen in „näher Zeit greifbare Ergebnisse erzielt“ werden können, nur die Beseitigung der Ein- und Ausfuhrverbote, die Vereinfachung und Vereinfachung der Zollpositionen und der Ausbau der internationalen Handelsstatistik genannt. Die Forderung nach dem Abbau der Zölle wird schamhaft verschwiegen. Um so mehr werden die Regierungen sich dafür einzusetzen haben.

Konsumverein als Preisregler.

Die Konsum- und Spargenossenschaft für Schneidemühl und Umgebung eröffnete unlängst in den Wäldern-Paraden, einem Arbeiterbezirk, in dem die Geschäftsleute sich über die Preise sehr einig waren, eine Beteiligungsstelle, mit der Wirkung, daß die Geschäftsleute — nachdem ihr Protest beim Warenbesitzer gegen die Zulassung des Konsumvereins erfolglos gewesen war — schleunigst Rabattpartien ausgaben und so betunden, daß sie bislang die Preise „nach oben abgerundet“ hatten.

Zur Lage der Porzellanindustrie. In den letzten Handelskammerberichten Preußens wurde aus fast sämtlichen Industrien von den Schwierigkeiten berichtet, die der deutsche Export auf dem Weltmarkt findet. Weithin scheint in besonderem Maße auch für die Porzellanindustrie zu gelten, über die der letzte Geschäftsbericht des Porzellankongresses Kahl eine einige interessante Daten mitteilt. Die Produktion der deutschen Porzellanindustrie betrug im Jahre 1926 rund 100 000 gegenüber 62 000 Tonnen in der Vorkriegszeit. Dabei wurden nur etwa 60 Proz. der Produktion abgesetzt. Der Export konnte ebenfalls nicht gesteigert werden. Die Ueberproduktion fand erst in den letzten Monaten des Jahres 1926 in Deutschland einen besseren Markt, und im Ausland war nur für die Geschäftswerte eine Ausdehnung des Absatzes zu erreichen. Für die Porzellanindustrie ist der Auslandsabgang von ganz besonderer Bedeutung. Sicher aber ist die starke Kartellierung der Porzellanindustrie, die bei hohen Inlandspreisen den Inlandsabgang droffelt, eine Gefahr auch für den Export, der nach über Kartellpraxis mit den im Inland geforderten Ueberpreisen finanziert wird. Daß die Porzellanindustrie im vorigen Jahre ihre Hauptstütze gerade im Inlande suchen mußte, sollte sie sich zur Lehre dienen lassen.

Neue Nachtausdehnung des Schwedenstruffs. Der schwedische Zündholztruff hat mit der größten englischen Zündholzfabrik Bryant and May über den Abschluß von Streichhölzern im ganzen Britischen Reich eine Interessengemeinschaft geschlossen. Durch diese Interessengemeinschaft mit dem größten englischen Zündholzhersteller ist der Schwedentruff wieder ein erhebliches Stück in der Monopolisierung des Zündholzmarktes der Welt vorangeschritten.

Einfuhrsperre für Weizen in Polen. Der polnische Ministerrat hat eine Verordnung erlassen, wonach die Einfuhr von Weizen und Weizenmehl bis zum 1. September d. J., d. h. also bis zur Einbringung der neuen Ernte unterlagert wird.

Unzweckmäßige Reklame.

In zahlreichen großen Zeitungen konnte man in der letzten Zeit eine Automobilreklame sehen mit der fragenden Ueberschrift: „Einer neuen Inflation entgegen?“ Darin wurde gesagt, daß 100 Millionen Goldmark aus unserer passiven Handelsbilanz auf die Einfuhr ausländischer Automobile zurückzuführen seien. Zum Schluß wurde dazu aufgefordert, daß nur deutsche Wagen gekauft werden sollen von jedem, der nicht an einer neuen Inflation und ihren verheerenden Folgen mit schuldig werden will.

Der kaufmännischen Reklame sind aus der Natur der Sache heraus keine engen Grenzen gesetzt. Dem Publikum bleibt es mit Recht überlassen, bei der Bornahme eines Kaufs den Wert der Ware zu prüfen. Aber in diesem Falle scheinen uns auch sehr weit gesteckte Grenzen überschritten. Die psychologisch verheerende Wirkung des Wortes „Inflation“ ist zu groß, als daß man mit ihm spielen dürfte, und zwar um so mehr, als heute zwar jede Wirtschaftserkältung möglich ist, keinesfalls aber von einer Inflation die Rede sein darf. Dazu liegt kein Grund vor.

Aber wie eine Zeitschrift des Deutschen Automobilhändlerverbandes betont, stimmen auch die angeführten Ziffern in der Reklame nicht. Wenn man die Einfuhr von 1926 zugrunde lege, sei für 1927 nach den bisherigen Ergebnissen der Ausfuhrhandelsstatistik mit einer Automobilenfuhr nicht von 300, sondern von noch nicht 120 Millionen zu rechnen. Ziehe man aber den Wert der Ausfuhr davon ab, so ergäbe sich für 1927 wahrscheinlich nur ein Importüberschuss für Automobile von noch nicht 100 Millionen Mark. Der Deutsche Automobilhändlerverband ist natürlich an der Einfuhr ausländischer Automobile interessiert, aber seine Zeitschrift zeigt doch, daß auch die sachlichen Angaben in der betreffenden Reklame unrichtig waren. Ein Grund mehr für die Reklamedeiler, in der Verwendung politischer Argumente zu kaufmännischen Zwecken zurückhaltend zu sein.

Die Handelskammer zur Wirtschaftslage. Im Juni schloß sich die Besserung der Wirtschaftslage trotz eines gewissen, durch die scharfe internationale Konkurrenz bedingten Rückganges der Rohstoffförderung und des Rohstoffbedarfes des Ruhrbergbaues langsam fort. Die Zahl der Unternehmungsempfänger ist gegenüber dem Vormonat gesunken. Die Ziffern der Wagengestellung durch die Reichsbahn sind gestiegen. Nicht zu verkennen ist aber, daß es der Wirtschaft im allgemeinen noch an innerer Festigkeit und Stetigkeit fehlt. Die Eisen- und Stahlindustrie weist einen günstigen Beschäftigungsstand auf. Eine erhebliche Besserung zeigen auch Teile der Maschinen- und Elektrizitätsindustrie sowie die Textil- und Papierindustrie. Auf die Gesamtentwicklung wirkte ferner günstig, daß die infolge des Reinigungsprozesses an der Börse erfolgten Umschichtungen im Effektenbesitz ohne schwere Erschütterung durchgeführt werden konnten. Für die weitere Entwicklung des Inlandsmarktes wird auch die Ernte von besonderer Bedeutung sein. In welchem Maße durch die schlechten Witterungsverhältnisse ihr Ergebnis ungünstig beeinflusst werden wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen.

Günstiger Abschluß bei Wolf Ketter u. Jakob. Der Konzern Wolf Ketter u. Jakob, Berlin, der große Konkurrent von Otto Wolff in der Feinblechfabrikation, zählt für das abgelaufene Geschäftsjahr die gleiche fünfprozentige Dividende wie im Vorjahr. Der um 20 000 auf rund 280 000 M. gestiegene Reingewinn ist um so bemerkenswerter, als die Betriebsrohgewinne durch die Krise im ersten Halbjahr 1926 von 3,1 auf 2,2 Mill. M. gesunken sind. Dieses gute Endergebnis ist auf die um 50 Proz. von 2 auf 1 Million, gesunkenen Verlusten zurückzuführen. Die Finanzlage der Gesellschaft scheint äußerlich etwas gespannt, denn die von 3,9 auf 5 Millionen angemessenen Schulden, darunter fast 2 Millionen Bankschulden, wurden durch die ausgewiesenen Forderungen noch nicht zur Hälfte gedeckt. Doch bräutet das für den finanzstarken Konzern nichts zu bedeuten. — Während die Feinblech- und Verzinkerbetriebe ungleich arbeiten, hat sich nach dem Geschäftsbericht die Tätigkeit im Eisenkonstruktionen- und Brückenbau fühlbar belebt, wobei neben Reichsbahn-aufträgen besonders die vermehrte Bautätigkeit der Industrie mitempfindet. Im laufenden Geschäftsjahr hat sich der erhöhte Beschäftigungsgrad auf alle Abteilungen ausgebreitet, allerdings glaubt die Verwaltung in der Feinblechproduktion eher eine Mengen- als eine Preiskonjunktur verzeichnen zu müssen. Die ersten Anzeichen für ein Absinken der Konjunktur machten sich stellenweise bereits bemerkbar (wie wir bereits berichteten), würden jedoch den Konzern selbst nicht betreffen, da er auf Monate hinaus voll beschäftigt ist.

Wein- und Destillations-Vorhards in Konkurs. Das feudale Haus F. W. Vorhardt in der Französischen Straße, das in der Monarchiezeit seine Glanzperiode hatte, hat Konkurs angemeldet, nachdem die Geschäftsaufficht seit vorigem Jahre keine Besserung gebracht hat. Die drückenden Schulden werden auf rund 700 000 M. beziffert. Es soll ein Zwangsvergleich mit den Gläubigern angestrebt werden.



Staatl. Fachingen wirkt vorbeugend und blutaufrischend, reinigt die Organe.
Erhält Körper und Geist frisch und gesund!

*Broschüren durch das Fachinger Zentralbüro, Berlin W. 6, Wilhelmstr. 55.
Erhältlich in Mineralwasserhandlungen, Apotheken und Drogerien sowie in Berlin bei der Versandstelle der Staatsquellen Fachingen und Niederweiler, Berlin SW 11, Schönberger Strasse 10a.
Telefon: Lützow 8400/04.*

Enver Bey Gold die beste Zigarette

Scharlachberg Meißnerbrand

W.H.W.